

Inserate
werden angenommen
in Posen bei der Expedition
der Zeitung, Wilhelmstr. 17,
Carl Ad. Schleh, Hoflieferant,
Dr. Gerberstr. u. Breitestr.-Ecke,
Otto Niekisch, in Firma
J. Neumann, Wilhelmplatz 8.

Verantwortlicher Redakteur:
G. Wagner in Posen.

Fernsprech-Anschluß Nr. 102.

Morgen-Ausgabe.

Posener Zeitung

Hundertundzweiter Jahrgang.

Inserate
werden angenommen
in den Städten der Provinz Posen
bei unseren Agenturen, ferner bei
den Annoncen-Expeditionen
H. Mollé,
Haasenstein & Vogler A.-G.,
G. P. Danne & Co.,
Invalidendank.

Verantwortlich für den Inseraten-
theil:
W. Braun in Posen.

Fernsprech-Anschluß Nr. 103.

Nr. 232

Die „Posener Zeitung“ erscheint täglich drei Mal,
an den auf die Sonn- und Festtage folgenden Tagen jedoch nur zwei Mal,
an Sonn- und Festtagen ein Mal. Das Abonnement beträgt viertel-
jährlich 4,50 M. für die Stadt Posen, für ganz
Preussischland 5,45 M. Bestellungen nehmen alle Ausgabestellen
der Zeitung sowie alle Postämter des Deutschen Reichs an.

Dienstag, 2. April.

Inserate, die sechsgehaltene Zeitzeile oder deren Raum
in der Morgenausgabe 20 Pf., auf der letzten Seite
30 Pf., in der Mittagsausgabe 25 Pf., an bevorzugter
Stelle entsprechend höher, werden in der Expedition für die
Mittagsausgabe bis 8 Uhr Vormittags, für die
Morgenausgabe bis 6 Uhr Nachm. angenommen.

1895

Die parlamentarische Geschäftslage.

Von unserem parlamentarischen Mitarbeiter wird uns
unterm 31. v. M. geschrieben:

Der Reichstag ist in die Ferien gegangen und nimmt
erst am 23. April seine Sitzungen wieder auf. Im Vorjahre
wurde die Session schon am 19. April geschlossen. Für dieses
Jahr läßt sich der Zeitpunkt des Sessionschlusses überhaupt
nicht berechnen. Das größte Stück Arbeit steht noch bevor.
Schon das jetzt vorliegende Beratungsmaterial läßt sich nicht
bis zum Beginn der heißen Zeit, also bis Anfang Juli,
erledigen. Nun soll noch ein Börsengesetz und ein Gesetz gegen
den unlauteren Wettbewerb zur Vorlage gelangen. Möglicher-
weise kommt auch noch ein Zuckersteuergesetz hinzu. Die
Materien zählen zu den schwierigsten und bestrittensten Fragen
der Gesetzgebung.

In dem zurückliegenden Abschnitt der Session ist im
wesentlichen nur der Reichshaushaltsetat festgesetzt worden.
Gleichwohl gehört dieser Theil der Tagung zu den aufregendsten
Abschnitten in der Geschichte des Reichstags. Die Erregung
über den plötzlichen Kanzlerwechsel zitterte noch nach. Der
Zwischenfall bei dem Hoch auf den Kaiser im neuen Gebäude
bezeichnet den Anfang, der Rücktritt der beiden Präsidenten
aus Anlaß der abgelehnten Bismarckdehnung den Endpunkt
dieses Abschnittes. Die Spannung zwischen Reichstag und
Regierung war mitunter eine hochgradige. Aber die Regierung
ist nicht in der Lage, den Reichstag auflösen zu können, sie
würde unzweifelhaft alsdann einen Reichstag erhalten, der ihr
noch weit weniger tehagen würde, als dieser unter Erregung
der Kriegsfurcht bei Erörterung der Militärvorlage gewählte
Reichstag.

So behilft man sich dann weiter und da die Centrums-
partei gegenüber der agrarischen Bewegung auch keine Seh-
sucht nach einer Auflösung empfindet, so finden sich Regierung
und Centrum immer wieder zusammen. So auch gegenwärtig
in Betreff der Umsturzvorlage. Es beruhte stets auf
vollständiger Verkenntung der Situation, diese Vorlage als ge-
scheitert zu betrachten. Je mehr die Centrumpartei bei der
Bismarckdehnung sich von der Regierung entfernte, desto lebhafter
empfindet sie gegenwärtig das Bedürfnis, sich derselben
wieder zu nähern. Der plötzliche Zusammenschluß mit den
Konservativen bei der Umsturzvorlage ist der Rückschlag von
der Abwendung gegenüber den Konservativen in Sachen der
Bismarckdehnung und der Präsidentenwahl. Alles was in der
Konservativen Presse dieser Tage über eine Gruppierung der
Parteien nach Maßgabe der Präsidentenwahl kalkuliert wurde,
beruhte auf vollständiger Verkenntung der tatsächlichen Ver-
hältnisse.

Die Umsturzvorlage wird nach Ostern alsbald Gegen-
stand weitestgehender Plenarberatungen sein. Eine Volksbewe-
gung in der Zwischenzeit vermag das Zustandekommen der
Umsturzvorlage in der gegenwärtig geplanten, gegenüber dem
Regierungsentwurf noch verschärften Gestalt nur dann zu ver-
hindern, wenn diese Bewegung auch die Wahlkreise des Cen-
trums und solche Schichten der Bevölkerung ergreift, auf
welche Rücksicht zu nehmen die konservativen Parteien für
notwendig halten.

Günstiger als in Bezug auf die Umsturzvorlage liegen
die Dinge in Betreff der Tabaksteuer. Hier hat in
der That die Bewegung im Lande verhindert, daß sich
eine Mehrheit zu Gunsten irgend einer Tabakfabrikat-
steuer noch zusammenschließt, so sehr auch die bairischen und
badiischen Finanzminister auf ihre Landesländer in der Cen-
trumpartei einzuwirken versucht haben. Sehr mitgeholfen
hat hierbei der Umstand, daß es gelungen ist, das Plus der
Matrikularbeiträge über die Ueberweisungen in dem Etats-
entwurf von 33 auf 62½ Millionen Mark zu ermäßigen trotz
aller Duerzisse, welche eine folgerichtige Durchführung des
im Anfang den Freisinnigen mit der Centrumpartei gemein-
samen Finanzprogramms verhindert haben.

Vielleicht hat es sogar seinen Nutzen, daß das Defizit
nicht völlig beseitigt ist. Das übrig gebliebene Plus an
Matrikularbeiträgen erweist sich vielleicht als eine wirksame
Barrikade gegen das Zustandekommen des sogenannten Auto-
matengesetzes. Denn dieses das Budgetrecht des Reichstages
einengende Gesetz verlangt kategorisch die Beseitigung eines
solchen Defizits durch neue Reichssteuern. Bepakt mit einer
Verpflichtung zur gleichzeitigen Einführung neuer Reichs-
steuern erscheint aber ein solches Gesetz selbst für denjenigen
Theil der Centrumpartei nicht verlockend, welcher unter
Führung des Abg. Lieber sich in diesem Jahr dem Bleibungs-
projekt des Herrn Miquel geneigter gezeigt hat, als im
Vorjahr.

Die Brantweinsteuer vorlage, mit deren Zu-
standbringen es die Agrarier zuerst so eilig hatten, ist sonder-
barer Weise vor Ostern nicht einmal zur ersten Berathung
gelangt. Es scheint fast, als ob bei ruhiger Ueberlegung doch
mancher ein Haar darin gefunden hat, in solcher Weise nicht
blos die Interessen des Reichsfiskus und der Konsumenten,
sondern auch großer Klassen von Brennerinteressenten den
Sonderinteressenten von einigen Tausend ostelbischer Guts-
brenner zu opfern.

Die Berathung der Gewerbenovelle ist in der
Kommission wenig fortgeschritten, weil der Eifer des Centrums
für weitergehende Beschränkungen sich als sehr wirksamer Feind
des Zustandekommens der Regierungsvorlage erweist.

Die Justiznovelle mit ihrer Wiedereinführung der
Berufungsinstanz und der Entschädigung Unschuldigerurtheilteiler
würde in der Hauptsache das einzige Gesetz dieser Session sein,
welches wirkliche Fortschritte in sich schließt. Die Berathung
aber ist wenig fortgeschritten, weil die Umsturzvorlage das
ganze Interesse der juristischen Kreise abgezogen hat.

Der erste Gegenstand der Berathungen nach Ostern soll die
Zolltarisnovelle sein mit ihren Streitfragen in Betreff
der Zollerhöhung für Honig, Baumwollensamenöl und der
Einführung eines Zolles auf Quebrachholz. Wie hier die
Entscheidungen fallen, dürfte wesentlich abhängen von der
Zahl der nach den Osterferien im Reichstag erscheinenden
Abgeordneten.

Deutschland.

© Posen, 1. April. [Die Umsturzvorlage.] Die
Berichte aus der Umsturzkommission sind zum größten Theile
falsch, und dies ist umso merkwürdiger, als sie sämtlich von Abge-
ordneten geschrieben werden. Die Schwierigkeit, den Verhand-
lungen zu folgen, muß gleichwohl nicht klein sein. Wir
finden noch nicht ganz gewiß, daß die nachstehend gegebene Skizze der
unrichtigen Mittheilungen erschöpfend ist; man wird den schriftlichen
Kommissionsberichten abzuwarten haben, den Herr v. Buchta erstatten
soll. Es sei hier gleich hinzugefügt, daß sowohl der Abg. Enneccerus
wie auch Herr Spahn die Vertikterstattung abgelehnt haben.
Der Erstere war ursprünglich hierfür in Aussicht genommen und
wollte sich der Aufgabe auch unterziehen. Nachdem aber die Vor-
lage eine für die Nationalliberalen unannehmbar Gestalt ange-
nommen, will er mit der Sache nichts mehr zu schaffen haben.
Nach den übereinstimmenden Berichten sollten für die Aufnahme
des Ehebruchparagrafen in den Geltungsbereich des § 111 auch
die Abgg. Barth und Wibel gesprochen haben, weil der betreffende
Antrag des Centrums eine natürliche Konsequenz der gesetzgebe-
rischen Absichten sei. Thatsächlich haben beide dagegen ge-
sprochen, und die Worte „zum Ehebruch“ sind nur mit 14 gegen 11
Stimmen aufgenommen worden. Berichtigt worden ist bereits,
daß die Kommission den § 131 mit dem Zusatz „oder den Umstän-
den nach annehmen muß“ angenommen haben soll. Der eigent-
liche Paragraf der Vorlage ist somit gefallen; freilich hat der
in Geltung bleibende § 131 des Reichsstrafgesetzbuchs den viel-
deutigen Zusatz erhalten, wonach die Monarchie unter besonderen
Schutz gestellt wird. Unrichtig ist weiter die Mittheilung, daß die
Kommission den § 184b (Antrag Rintelen) angenommen habe, wonach
mit Gefängnis oder Geldstrafe derjenige bestraft wird, der öffent-
liche theatralische Vorstellungen, Singspiele u. veranstaltet oder
leitet, „welche durch gröbliche Verletzung des Scham- oder Sitt-
lichkeitsgefühls Aergerniß zu erregen geeignet sind.“ Es ist be-
richtet worden, daß der Paragraf, sogar ohne Debatte, mit 11
gegen 8 Stimmen angenommen worden sei. In Wirklichkeit ist
der Paragraf ohne Diskussion abgelehnt worden; dafür
stimmen nur die Centrumsmitglieder. Ganz falsch ist ferner, daß
der vom Centrum abgeänderte § 210 des Reichsstrafgesetzbuchs
(Anreizung zum Duell, mit der Maßgabe angenommen worden
sei — mit 14 gegen 9 Stimmen, daß die Anreizung, auch wenn
sie erfolglos geblieben, mit Geldstrafe bis zu 600 M. (Antrag von
Buchta) geahndet werden soll. In Wahrheit ist zwar der Antrag
von Buchta eventuell angenommen worden, d. h. der auf
Gefängnisstrafe gehende Centrumsantrag sollte durch diese Buch-
tische Milderung amendirt werden. Dann aber ist der solcherge-
stalt veränderte Paragraf mit 14 gegen 9 Stimmen abge-
lehnt worden, so daß also der Anreizungsparagraf des Reichs-
strafgesetzbuchs unverändert bleibt. Die Umsturzvorlage
bleibt, obwohl sie nicht ganz so schrecklich ist, wie es nach den mit-
getheilten falschen Berichten erscheint, natürlich ebenso unannehm-
bar, wie wenn diese Berichte zuträfen. Sie bleibt vor Allem ein
klerikales Machwerk, für das kein liberaler Mann stimmen
kann und wird. Weil die Vorlage klerikalen Stempel trägt, darum
glauben wir nicht einmal, daß das Centrum viel Gewicht auf ein
Handelsgeschäft bei dieser Gelegenheit legen wird. Wir glauben
vielmehr, daß die Partei das große Geschenk dieses Umsturzgesetzes
sich selber und nicht der Regierung macht, daß sie also die
Vorlage über Wasser halten wird, auch wenn das Festungsgesetz
nicht aufgehoben werden sollte. Die natürliche Konsequenz der
Umsturzvorlage in ihrer jetzigen Gestalt ist — die Wiederkehr zum
Bedürfnis Schulgesetz. Eine Regierung, die das Umsturzgesetz
aus der Hand des Centrums entgegennimmt, ein Gesetz mit dem
Wesbrauchparagraf der katholischen Kirche, ist am Ende auch reif
dazu, sich mit der erneuerten Schulvorlage des Grafen Redlich vor
der ganzen gebildeten Welt verdienstermaßen bloßzustellen.

Am Schluß der Sonnabend-Sitzung des Reichstags
brach die Rechte in großen Jubel aus, als der Präsident den
Antrag auf Ueberweisung des Antrags Rantig
an eine Kommission für angenommen erklärte. Für die

Kommission stimmen nicht nur das Centrum, sondern auch die
Nationalliberalen unter Führung des Herrn von
Bennigsen. Die Agrarier haben alle Ursache, über
dieses Ergebnis zu triumphiren. Sie brauchen jetzt nur die
Kommissionsverhandlung zu verschleppen und haben dann in
der nächsten Session den gerechten Anlaß, den Antrag wieder
einzubringen. Am 14. April 1894, als der Antrag Rantig
zum ersten Mal berathen und in 1. Lesung mit 159 gegen
46 Stimmen abgelehnt wurde, hat Herr v. Bennigsen erklärt:
„Wir haben ja seit Jahr und Tag im Interesse berechtigter
und unberechtigter agrarischer Forderungen eine weitgehende
agrарische Bewegung. Das ist aber doch ein merkwürdiges
Schauspiel. Es sind manche weitgehende und darunter auch
unberechtigte Forderungen da draußen erhoben worden in Ver-
sammlungen, in der Presse der neuen agrarischen Organisation.
Bis an diese Höhe, ich möchte sagen, der Gemein-
gefährlichkeit hat noch keine einzige dieser
Forderungen herangereicht.“ Jetzt aber hat Herr
v. Bennigsen mit seinen Freunden die Hand geboten, diesen
„gemeingefährlichen“ Antrag am Leben zu erhalten und die
Fortsetzung der agrarischen Agitation zu ermöglichen!

□ Berlin, 31. März. [Der Kaiser und das Reichs-
tagspräsidium.] Ein Berichterstatter hatte uns am Freitag
Nachmittag gemeldet, daß der Kaiser das Reichstagspräsidium an
diesem Sonntag empfangen werde. Wir haben uns inzwischen
überzeugen können, daß die Mittheilung in der That aus parla-
mentarischen Kreisen kam. Sie ist unrichtig, aber auch diese
falsche Nachricht gehört zu den eigenthümlichen Umständen, mit
denen die ganze Empfangsfrage von Anfang an umgeben gewesen
ist. Es ist nämlich von Werth, festzustellen, daß das offizielle Wolff-
sche Bureau die Meldung von der Anberaumung des Empfanges
für den 1. April früher, als die Präsidenten selber von dieser Be-
stimmung wußten, nach auswärts telegraphirt hat. Im Reichstage
wurde von den Abgeordneten noch allerlei herumgerathen, als die
Entscheidung schon gefallen war. Ueber die Einladung des Präsi-
diums zum offiziellen Bismarckdiner im weißen Saale ist, wie
begegriffen, ein großes Staunen, tröstliche Genugthuung hier und
Verleumdung und Unwille dort, entstanden. Es liegt sehr nahe, eine
satirische Spitze in der Form zu erblicken, wie dem neuen Präsidium
die nachgelagte Audienz ertheilt werden soll. Der Reichstag käme
auf diese Weise doch noch, gegen den Beschluß vom 23. März, zur
Theilnahme an einem offiziellen Akte der Beglückwünschung, und
Humor läge schon darin, daß die Präsidenten der damaligen Mehr-
heit die Vermittler dieser unwillkürlichen Kundgebung zu sein hätten.
In einem Theile der Mehrheit vom 23. März wird die Sache aber
auch unter anderen Gesichtspunkten gewürdigt. Von dieser Seite
wird geltend gemacht, daß das Reichstagspräsidium bei dem Kaiser-
diner für Bismarck eigentlich nur übergegangen werden konnte, wenn
die Absicht bestände, den Sitz noch zu erweitern. Das Diner im
Weißen Saal wird vom Kaiser allen Spitzen der offiziellen Welt
gegeben. Es nehmen daran Theil sämtliche hier anwesende
Prinzen und Fürstlichkeiten, sämtliche Minister, die Mitglieder des
Bundesraths, die Präsidenten des Herrenhauses und des Abgeord-
nethauses, auch der Oberbürgermeister von Berlin. Somit war
es ein Gebot der Höflichkeit wie der politischen Etikette, den Reichs-
tag nicht zu übersehen. Von den Regierungsblättern ist bereits
erklärt worden, daß sich die Regierung selber durch den Beschluß
vom 23. März nicht getroffen fühlen könne, da sie keinen Einfluß
auf die Entscheidung des Reichstages habe ausüben wollen. Nun
hat zwar der Kaiser persönlich seine scharfe Senur geübt, aber er
hat es bei der offiziellen Ehrung für den Fürsten Bismarck, die er
im Schloß voranstaltet, nicht mit einzelnen Parteien der Reichstages
zu thun, sondern mit dem Reichstage als Institution, und so wäre
es immerhin möglich, die Einladung zum Festmahl im Weißen
Saal als die Bekundung der Absicht aufzufassen, das Geschehen
rüber zu lassen. Wir eignen uns diese Darlegung nicht in allen
Stücken an, aber wir können sagen, daß sie in den häufigen und
lebhaften Reichstagsgesprächen dieses Sonnabends wiederholt ver-
treten worden ist. Zur Unterstützung wird darauf hingewiesen, daß
es nicht im Vorhaben des Kaisers liegen könne, namentlich das
Centrum vor eine peinvolle und eigentlich unmögliche Situation in
einem Augenblick zu stellen, wo diese Partei die Umsturzvorlage
der Regierung noch verschärft hat und sich somit als die feste-
ste Stütze der kaiserlichen Politik in den Vordergrund schiebt. Aber
es kommt bei solchen Dingen, die je nach dem Parteilidenschaft die
allerverschiedenste Auslegung gestatten, nicht bloß auf das an, was
mit der Einladung gemeint sein kann oder vielleicht soll, sondern es
kommt auch auf die Haltung an, die die betreffenden Parteien in
Konsequenz ihrer bereits gethanen Schritte annehmen zu sollen
glauben. Von dieser Seite her entstehen denn allerdings Schwierig-
keiten. Der erste Vizepräsident, der freisinnige Abg. Schmidt-
Bingen, wird der Einladung des Kaisers nicht Folge leisten. Er
hat diesen Entschluß nach Rücksprache mit seinen politischen Freunden
gefaßt, und im Reichstage war unschwer zu erkennen, daß die
beiden Präsidenten aus dem Centrum durch die Entschädigung ihres
Kollegen in eine gewisse Verlegenheit gesetzt erschienen. Die Ein-
ladung an die Präsidenten ist, nebenbei bemerkt, in der üblichen
Form erfolgt. Auf einem großen starken Kartonsblatt ließ man:
„Der Kaiser und die Kaiserin laden . . . zu dem Festmahl u. s.
w. ein.“ Außer dem haben die Präsidenten zu Händen des
Führers von Buol die Mittheilung vom Hofmarschallamt erhalten,
daß der Kaiser ihnen die nachgelagte Audienz bei Gelegenheit des
Festmahls im weißen Saal ertheilen werde.

— Gegen den Willen des Reichskanzlers Grafen
Caprivi, so enthält die „Nation“, hat der Kaiser im
Jahre 1892 darauf bestanden, daß jene Schriftstücke seitens
der deutschen Regierung nach Wien gesandt wurden, welche
dort jede offizielle Ovation für den Fürsten Bis-

marc bei Gelegenheit seiner Anwesenheit zur Hochzeit des Grafen Herbert Bismarck in Wien verhindern.

Der Minister der öffentlichen Arbeiten spricht anlässlich der heute erfolgten Einführung der neuen Verwaltungsordnung für die preussischen Staatsbahnbeamten, die am 1. April d. J. aus dem Dienst ausscheiden, sowie auch denjenigen Beamten, die bei der Vorbereitung der für die weitere Entwicklung des staatlichen Eisenbahnwesens bedeutungsvollen Reform mitgewirkt haben, für die geleisteten Dienste Anerkennung und Dank aus und vertraut, dass auch bei der nunmehrigen Durchführung der neuen Verwaltungs-Einrichtungen und -Formen alle Beamten den ihnen obliegenden wichtigen Aufgaben ihre ganze Kraft widmen, den neuen Einrichtungen ohne Vorurteil gegenüberstehen, und Alles daran setzen werden, sich mit ihnen so schnell als möglich vertraut zu machen, um im Sinne und Geiste der getroffenen Anordnungen wirken zu können.

Die „Berl. Corr.“ schreibt: Aus Anlaß der im kommenden Frühjahr und Sommer notwendig werdenden Entlassungen von Arbeitern der militärischen Fabriken in Spandau und Siegburg ist die Militärverwaltung nach allen Richtungen hin bestrebt, den zu Entlassenden andere Arbeit zu vermitteln und einer durch diese Entlassungen hervorgerufenen Arbeitslosigkeit an den genannten Orten möglichst vorzubeugen. Die mit dem Arbeitsnachweis betrauten Behörden, das Feuerwerks-Laboratorium Spandau und die Geschosfabrik Siegburg, haben zur Zeit bereits eine nicht geringe Zahl von Arbeitern anderweitig untergebracht, und zwar theils in anderen staatlichen Betrieben, theils auch in solchen Privatfabriken, die mit Lieferungen für die Heeresverwaltung betraut werden. In Siegburg ist außerdem bereits eine Anzahl der aus der Ackerbau treibenden Bevölkerung der Umgegend hervorgegangenen Arbeiter freiwillig ausgeschieden, um ihre frühere Thätigkeit wieder aufzunehmen, eine weitere Anzahl wird folgen. Hierdurch dürfte sich zum Theil auch die Thatsache erklären, daß von der angebotenen Arbeitsgelegenheit seitens der zur Entlassung Kommenden nicht im vollen Umfange Gebrauch gemacht wird. Bei den Entlassungen wird, abgesehen von dem Dienstalter in den militärischen Fabriken und der Zuverlässigkeit der Arbeiter, auch in weitestgehender Weise auf die Familienverhältnisse, bei den Verheiratheten, auf die Zahl der Kinder u. s. w. Rücksicht genommen.

Der Vorstand des Central-Finnungsverbandes der Schornsteinfegermeister des deutschen Reichs hatte bei dem Minister für Handel und Gewerbe den Antrag gestellt, die königlichen Verordnungen anzuweisen, daß sie bei Anstellung von Bezirksfiskalbeamten auf den Betritt zu der Wittwen-Pensionskasse und Sterbekasse des Verbandes hinwirken möchten. Daraufhin ist dem Vorstande unter dem 14. März d. J. der Bescheid zugegangen, daß der Minister zwar die außerordentlich segensreiche Wirksamkeit der Wittwen-Pensionskasse und Sterbekasse des Verbandes durchaus anerkennt, aber doch Bedenken trägt, die Verordnungen dahin anzuweisen, daß sie bei Anstellung von Bezirksfiskalbeamten auf den Betritt der anzustellenden Schornsteinfegermeister zu diesen Kassen hinwirken. Eine solche Anweisung würde leicht dahin verstanden werden, daß nur solche Schornsteinfegermeister zur Anstellung gelangen sollten, die vorher ihren Betritt zu den Kassen nachgewiesen oder sich dazu verpflichtet hätten. Damit würde aber auf die Bewerber ein Zwang zum Kassenbeitritt ausgeübt werden, der nach Lage der Verhältnisse nicht zu rechtfertigen wäre. Zum Schluß giebt der Minister noch der Erwartung Ausdruck, daß die Vorzüge der bewährten Kasseneinrichtungen auch ohne amtliche Anordnungen in den Kreisen der Betheiligten mit der Zeit das gebührende Verständnis finden werden.

Die „Vipp. Landesztg.“, die im Fürstenthum großen Einfluß hat, tritt offen und entschieden für den Grafen Ernst zur Lippe-Biesterfeld gegenüber dem Prinzen Adolf zu Schaumburg-Lippe ein. Ueber den Empfang, der dem Grafen Bernhard zur Lippe-Biesterfeld und dem Grafen Friedrich Wilhelm zu Biesterfeld, dem Sohn und Bruder des Grafen Ernst, bereitet wurde, als sie zur Beisetzung des verstorbenen Fürsten Woldegar nach Detmold kamen, wird der „Rhein.-Westf. Ztg.“ aus Detmold geschrieben:

Wie ich erst heute erfahren, gestaltete sich die Reise der erlauchten Grafen Bernhard und Friedrich Wilhelm zur Lippe-Biesterfeld am Sonnabend zu einer wahren Triumpheinfahrt. Auf allen Bahnhöfen unseres Landes hatten sich große Menschenmengen eingefunden, die den Vertretern des Grafen Thronfolger kühnliche Ovationen darbrachten. Ueberall begeisterter Hurrahrufe, Hute und Tücherschwenken. Als Graf Bernhard in Schötmar zum Fenster hinaus antwortete: „Ja, auf Wiedersehen, wir kommen wieder“, kannte die Begeisterung keine Grenzen; ein neuer Beweis, wie tief die Sympathien für die Biesterfelder Linie, der die Schaumburger mit Unrecht das Thronfolgerecht streitig machen, im Lande gehen.

Die Entscheidung über die Ansprüche der verschiedenen Linien liegt in erster Linie bei dem am 6. April zusammen tretenden lippeischen Landtage. Man wird gespannt sein dürfen, wie diese Entscheidung fällt. Heute erscheint die Aussicht, daß Prinz Adolf, der Schwager des Kaisers, endgiltig die Thronfolge antritt, noch ziemlich gering.

Rußland und Polen.

Petersburg, 28. März. (Orig.-Ber. d. „P. o. J. Ztg.“) Die vorbereitenden Arbeiten zum Bau der transbaikalischen Strecke der Sibirischen Bahn wurden soeben beendet. Die transbaikalische Linie nimmt ihren Anfang bei Irkutsk, umgeht darauf den Süden des Baikalsees und wendet sich dann aber Tschita nach Nerstchinsk und Stretinsk bis zur Station Pokrowskaja am Amur in einer Ausdehnung von ca. 1500 Werst. Anfänglich wurde die Baik.-Linie von Werchnedinsk längs dem Flusse Uda tracirt, doch hätte man auf dieser Strecke bei dem Bau große Terrain-schwierigkeiten zu überwinden gehabt.

Die Arbeitszeit in Rußland. Von Interesse zur Beurtheilung der Arbeitsverhältnisse in der russischen Fabrik-industrie sind einige Angaben der „Gazette Russe“ über die Arbeitsdauer in Rußland. Eine Sonntagsruhe besteht nur für Kinder, doch ruht die Arbeit an den vielen Feiertagen der russischen Kirche, die indessen schlecht vertbeilt sind. Außerordentlich lang ist die tägliche Arbeitszeit. Nach einer Berechnung von Dr. Dementiew wird in einer russischen Fabrik durchschnittlich 3588 Stunden jährlich gearbeitet, während der Durchschnitt für Nordamerika 3070 und für England nur 2810 Stunden beträgt. Dabei arbeitet der englische Arbeiter 281 Tage im Jahr, der russische aber nur 268 bis 276. In den meisten Industrien wird 74 Stunden wöchentlich, also 13 Stunden täglich gearbeitet. Diese Thatsache ist auch von der Bodner Abtheilung der Gesellschaft zur Hebung der russischen Industrie bestätigt worden mit dem Hinzufügen, daß in kleineren Fabriken und Werkstätten die tägliche Arbeitszeit sich bis zu 15 und 16 Stunden ausdehnt.

Türkei.

* Die englischen Blätter fahren fort, spaltenlange Berichte über angebliche von den türkischen Soldaten unter den Armeniern begangene furchtbare Missethaten zu bringen. Wie wir bereits mittheilten, tritt die türkische Regierung in neuerer Zeit den „unglaublichen Lügen“ der englischen Presse ganz energig entgegen. Wie sehr diese Blätter allerdings unzweifelhaft übertreiben, das geht aus folgendem Bericht, den sich die „Times“ verschreiben ließ, hervor:

In dem Dorfe Semal wurden von fünfzig bis sechzig Häusern vollständig zerstört, in Gallin entliefen von einem einzigen, 52 Personen umfassenden Haushalte nur zwei. Einige hundert Frauen wurden mehrere Tage in der Kirche von Gallin eingesperrt gehalten, vergewaltigt und dann getödtet — ein förmlicher Blutstrom ergoß sich über die Thürschwelle. Sechzig ausge-suchte junge Frauen mußten einige Tage bei den Soldaten bleiben und sie wurden dann, als sie sich weigerten, zum Islam überzutreten, niedergemacht. Ein Soldat hatte ein 11 Jahre altes Mädchen von Agirig an sich genommen, und als ein anderer Soldat das Mädchen für sich verlangte, schloß der erste dasselbe nieder. In zahlreichen Fällen wurden die Soldaten von den Offizieren gezwungen, Grausamkeiten zu verüben, vor denen sie anfangs zurückzuckten. Als einige Soldaten durch ein Dorf zogen, sahen sie ein Kind auf der Straße stehen — der Offizier befahl einem Soldaten, dasselbe zu tödten. Der Soldat war beherzt genug, um zu fragen, was das Kind gethan habe, worauf der Offizier wissen wollte, ob der Soldat ein Rebbe, „Kafir“, geworden sei. Da erstach der Soldat das Kind. Ein Soldat hatte sechs Knaben in einem Hirsefeld versteckt und eine Woche lang für dieselben gesorgt — eines Tages fand er die verstümmelten Leichen derselben. Ähnlich ging es 20 Knaben, die eine Kurdenfrau in einem Schafstalle versteckt und heimlich mit Brod versorgt hatte. Einem Priester legten die Unmenschen eine Kette um den Hals und zwei Soldaten zogen dieselbe nach verschiedenen Seiten an, bis der Unglückliche bewußtlos niederfiel; dann ließ man ihn wieder zu sich kommen, um ihn aufs Neue in der angegebenen Weise zu behandeln. So geschah es mehrere Male, bis man ihn zuletzt tödtete, indem man ihn auf verschiedene Bajonnette fallen ließ. Sechs oder sieben Priester sollen auf ähnliche grausame Weise umgebracht worden sein. Die größten Schrecken wurden gegen schwangere Frauen verübt, doch lassen dieselben sich meist gar nicht wiedergeben. Manche Dörfer sind zerstört worden, obgleich die Einwohner derselben ihre Steuern bezahlt hatten, wie die Leute durch Vorgezogen der Kulturen bewiesen. Sehr bezeichnend ist, daß die Kurden, welche mit den Armeniern zusammenleben, sich viel weniger grausam, insbesondere gegen Frauen und Kinder zeigten, als die regulären Soldaten. — Zum Schluß sei noch bemerkt, daß der armenische Agitator Dagmatian, der im Mai 1893 den Türken in die Hände fiel und dem die Polizei ein Bein zerhackte, damit er nicht entfliehe, später in Konstantinopel zum Verräther an seinen Landsleuten geworden sei, um von der Regierung Geld zu erhalten. Einige behaupten jedoch, daß dies ein anderer Dagmatian gethan habe.

Preussischer Landtag.

Herrenhaus.

9. Sitzung vom 30. März, 11½ Uhr.
Der Gesetzentwurf, betreffend Eingemeindung der Stadt Bodenheim in den Stadbezirk Frankfurt a. M. und die Aufhebung des Amtsgerichts zu Bodenheim wird angenommen.

Der Gesetzentwurf, betreffend die Verwaltung der Pfarrwittwen- und Waisenfonds und die Fürsorge für die Wittwen und Waisen der Geistlichen der evangelischen Landeskirchen in den neuen Provinzen wird angenommen.

Es folgt die Beratung des Gesetzentwurfs, betreffend die Entschädigung für Verluste durch Schweinekrankheiten.

Oberbürgermeister Bräse hält das Gesetz für nicht weit genug, es müsse auch auf Kindschlag ausgedehnt werden. Vor allen Dingen müsse die Tuberkulose unter die Zwangsversicherung einbezogen werden. Daß die Tuberkulose in großem Umfang um sich gegriffen habe, sei nicht Schuld der Landwirtschaft, sondern des Staats, weil dieser die erforderlichen polizeilichen Maßregeln nicht getroffen habe.

v. Serhsberg spricht gegen den Entwurf. Gehelmrath Beher weist darauf hin, daß die Tuberkulose nicht unter die veterinärpolizeiliche zu bekämpfenden Seuchen einbezogen worden sei, weil die Symptome dieser Krankheit nicht genügend bekannt seien. Es sei nicht zweckmäßig, wenn Preußen allein Quarantänestationen errichtete. Das müsse von Reichswegen geschehen, und Anträge Preußens seien an den Bundesrath gelangt.

Oberbürgermeister Bräse tritt nochmals dafür ein, daß die strengsten veterinärpolizeilichen Vorschriften an der Grenze und auch auf dem Berliner Schlacht- und Viehhofe gehandhabt würden. Der Gesetzentwurf wird angenommen.

Kunmehr wird die Staatsberatung fortgesetzt beim Kultus-etat.

Beim Kapitel „Schulaufsicht“ entgegnet auf eine Beschwerde des Oberbürgermeisters Bunder Kultusminister Dr. Voffe, es falle ihm nicht ein, in die Selbstverwaltung der Städte einzugreifen. Die städtischen Schuldeputationen hätten nützlich gewirkt, und wo er ihnen entgegenkommen könne, thue er das. Aber die Schuldeputation der Stadt Breslau habe gewisse Disziplinargewalt beansprucht, während nach dem Gesetz die Regierung das Disziplinungsverfahren einzuleiten habe. Er habe das nicht zugeben können, während er im übrigen gern anerkenne, daß die Stadt Breslau sehr viel für ihre Schule thut.

Beim Kapitel „Höheres Mädchenschulwesen“ erwidert auf Anregungen des Oberbürgermeisters Dr. Möllmann

Minister Dr. Voffe: Zu einer prinzipiellen Würdigung der Maßregel in der Thäterschulache ist es eigentlich noch zu früh. — ollen sich Mißstände zeigen, so wird Abänderung erfolgen. Die Bestimmung über die „Schulfin“ ist überlegt; denn die Lehrer der oberen Klassen brauchen in vielen und heiklen Dingen einen weiblichen Rath. Den akademisch gebildeten Lehrern geschieht kein Abbruch, wenn die seminaristisch gebildeten bei erwiesener Tüchtigkeit die Amtsbezeichnung „Oberlehrer“ erhalten. Sobald die Thäterschulen dem Provinzialkollegium unterstellt, d. h. als höhere Schulen anerkannt werden, fallen sie unter den Normal-etat. Ferner müßte dann bei jedem Provinzialkollegium ein neuer Rath angestellt werden. Das ist bei der jetzigen Finanzlage nicht angängig.

Oberbürgermeister Struckmann verlangt einen zehnklassigen Kursus für Thäterschulen. Die Klagen über Ueberbürdung seien vielfach übertrieben.

Beim Kapitel „Elementarschulwesen“ führt

Frhr. v. Mahkahn-Güls die einzelnen Gesetze an, die zur Verbesserung der Finanzstellen Lage der Lehrer beitragen. Es gebe trotzdem eine große Schaar von Lehrern, die niemals zufrieden sind. Zur Entschädigung muß man sagen, daß die Lehrer eigentlich verrückt gemacht sind. Die Lohndiebstahle verderben die Lehrer. Dazu kommt die Wichtigkeit, die „selber“ der Schullehrer hat und haben muß, je weniger ihn die kommunalen Beamten auf dem

Bande entbehren können. — Kärner verliest Stellen aus der „Preussischen Lehrerzeitung“, der „Bädagogischen Zeitung“ u. d. Die modernen Lehrer können in Gottesfurcht, Königstreue und Vaterlandsliebe mit den alten nicht wetteifern.

Oberbürgermeister Struckmann: Es mag ja sein, daß die Lehrer in ihren Forderungen manchmal zu weit gehen, aber die Unzufriedenheit ist ein Zeichen der Zeit, und mancher Lehrer wird denken, wenn in der Rede des Frhr. v. Mahkahn statt „Lehrer“ „Landwirth“ gesagt wäre, hätte es auch. (Widerspruch.) Es ist doch von Landwirthten das Wort ausgegangen, daß die Bauern Sozialdemokraten werden würden. (Unruhe.) Da soll man nicht zu scharf richten. Wenn die Lehrer nicht mit Energie ihre Forderungen vertreten und sich nicht in den Lehrervereinen zusammenschließen hätten, wäre nicht erreicht, was geschehen ist. Es ist noch nicht so lange her, daß die Lehrergehälter in der That sehr schlecht waren. Wir hat ein Schulrath gesagt, er habe seine wahre Freude über den gemeinnütigen und edlen Geist, der in den Lehrern stecke. Es ist nicht gut, die Lehrerschaft im Allgemeinen hier anzugreifen.

Minister Voffe: Ich selbst habe Anlaß gehabt, Lehrern, die in dieser Weise maßlose und rückwärtsgehende Ansprüche geltend gemacht haben, vorzuhalten, daß sie durch nichts die Interessen der Lehrerschaft mehr schädigen und durch nichts solche Bestrebungen mehr hindern. Es giebt aber noch immer 400 Stellen für unbefristete Lehrer mit 540 M. Gehalt. Damit auszukommen, ist außerordentlich schwer, wenn nicht unmöglich. Deshalb bestrebe ich mich, diese Stellen auf 650 M. zu erhöhen, und hierin wird mich wohl auch Frhr. von Mahkahn unterstützen. Wir bemühen uns, die Lehrer zu guten Menschen, guten Christen und einfachen Menschen zu erziehen. (Beifall.)

Bei der Fortsetzung der am Freitag ausgebrochenen Beratung des landwirthschaftlichen Etats begründet

Graf v. d. Schulenburg-Beckendorf seine gestern mitgetheilte Resolution, die die Regierung auffordert, baldigst die sogenannten kleinen Mittel zur Vinderung der landwirthschaftlichen Nothlage zu ergreifen.

Landwirthschaftsminister Frhr. v. Hammerstein erkennt es als berechtigt an, daß sich in der Noth, in der sich die Landwirthschaft befand, eine spontane Interessenvertretung bildete, aber an diese hat sich eine Agitation geknüpft, die für eine ruhige Entwicklung der Frage in hohem Grade bedenklich ist. Sollte bei russischen Gänzen die Gefahr einer Seuchenepidemie, die heute noch bestritten wird, sich herausstellen, so wird Abhilfe geschaffen werden.

Graf Frankenberg warnt, den vollzogenen Bruch mit der Regierung noch weiter zu treiben. Es wäre bei der gegenwärtigen politischen Lage sehr gewagt und nicht im Interesse des Vaterlandes. Die Gründe, die in der Denkschrift des Staatsraths gegen den Antrag Rantz angegeben sind, werden kaum widerlegt werden können. Analogien hat der Antrag in Maßnahmen des französischen Nationalkonvents, und was sich da herausgestellt hat, ist so furchtbar, daß es zum Nachdenken auffordert. Graf Mirbach hat in seiner Rede auf Alexander den Großen, der den gordischen Knoten mit dem Schwert durchhieb, hingewiesen. So weit sind wir doch noch nicht gelangt! Wir feiern in diesem Jahre das 25. Jubiläum der Erhebung des deutschen Reichs. Ich hoffe, daß sich dann der Patriotismus in den patriotischen Herzen so ansetzen lassen wird, daß wir einen wahrhaft deutschen Reichstag bekommen. Ich bin Agitator von Kopf zu Fuß. Lassen Sie uns zusammen arbeiten. Der Antrag Rantz ist untersucht, für unangenehm befunden, ist gerichtet. Deshalb lassen Sie den Antrag Rantz fallen und nehmen Sie die kleinen Mittel in einem Bündel zusammen. (Beifall.)

Graf Mirbach (dt.): Mit meiner Anspielung auf Alexander den Großen wollte ich nur sagen, daß eine Lösung schnell zu Stande gebracht werden muß. Das Schwert brauchen wir vorläufig noch nicht, aber wir dürfen mit Abwehrmaßregeln nicht zu lange warten. Auf die Dauer läßt sich das allgemeine Wahlrecht nicht aufrecht erhalten. Wir stehen vor der Frage, ob die Landwirthschaft zu Grunde gehen soll oder nicht. Wenn die Preise noch mehr sinken oder auch nur auf derselben Höhe bleiben, so haben wir den Antrag Rantz in Jahresfrist, auch ohne Zuthun der konservativen Partei. Nur noch einen Weg giebt es, wenn der Finanzminister dem Grafen Rantz seine besten Steuerbeamten zur Verfügung stellt, die mit ihm prüfen, ob das Ding auf steuerrechtlichem Gebiet ausführbar ist, andererseits müßten vom auswärtigen Amt Männer abgeandt werden, die die Vereinbarkeit des Antrags mit den Handelsverträgen zu prüfen haben. Den Kampf müssen wir weiter führen, wenn auch in loyaler Form, wie ich das heute gethan habe.

v. Bethmann-Hollweg führt aus, der Antrag Rantz sei der erste Schritt zur Verstaatlichung der Landwirthschaft. Diesen Weg könne er nicht geben.

Der Rest des Etats wird ohne weitere Debatte erledigt. Der Etat im Ganzen und das Etatsgesetz werden angenommen.

Nächste Sitzung: Dienstag 1 Uhr (Sekundärbahnvorlage). Schluß 4½ Uhr.

Aus dem Gerichtssaal.

n. Posen, 1. April. In der heutigen Sitzung der zweiten Strafkammer wurde gegen den verantwortlichen Redakteur Syperst vom Goniec wegen Verleumdung und Bedrohung mit der Begehung eines Verbrechens, nämlich des Erhängens, verhandelt. In seiner Nummer 271 vom 28. November v. J. veröffentlichte das Blatt unter der Ueberschrift „Do panna... manna“ ein Gedicht, das schwere Verleumdungen des Landesökonomerraths Kennemann-Klenta und der Rittergutsbesitzer v. Tiedemann-Seehelm und v. Hansemann-Kempowo enthielt. Das Gedicht schloß mit der Mahnung an die drei Herren: „Sie sollten mit dem Zeitvertrieb, betreffend die Gründung des „Bereins zur Förderung des Deutschtums“ aufhören, es könnte sonst kommen, daß sie in ihren eigenen Gauen (der polnische Ausdruck hierfür war „altany“) haumelten.“ Wegen dieses Gedichtes stellten die drei Herren gegen den Redakteur Syperst Strafantrag. Der Angeklagte ist bereits fünf Mal wegen Verleumdung durch die Presse verurtheilt. Die letzte Strafe erhielt er vom Schöffengericht wegen Verleumdung des Dr. Lebnst. Sie lautete auf 500 Mark Geldstrafe event. 50 Tagen Gefängnis. Da Syperst die Geldstrafe nicht bezahlte, verbüßt er gegenwärtig die 5 Tage, zum heutigen Termine wurde er aus der Haft vorgeführt. Der Angeklagte meinte, daß er mit dem Gedicht die drei Herren nicht habe beleidigen wollen, damit sei der Verein zur Förderung des Deutschtums gemeint. Es werden viele Ausschnitte aus früheren Nummern des „Goniec“ zur Verlesung gebracht, die sich gleichfalls mit den drei Herren beschäftigten und dieselben schwer beleidigten. Auch das von uns f. Jt. erwähnte Programm des „Cirkus Otto“, womit Fürst Bismard gemeint ist, wird verlesen. Der Angeklagte wendet ein, daß dies Alles nur zur Erpeiterung seiner Feler gebracht worden sei. Auf Antrag des Vertheidigers des Angeklagten, Rechtsanwalt Fohle, wird § 1 der Statuten des Vereins zur Förderung des Deutschtums, sowie ein Artikel des „Goniec“ vom 13. Februar v. J. verlesen. Der Minister des Innern, v. Köller, hatte bekanntlich bei der Polendeckung im Landtage im Februar v. J. einen Theil des Gedichtes zur Verlesung gebracht und zwar nach dem stenographischen Bericht folgenden Passus: „Ich rathe

Sie haben im Guten, daß ab von dem Streit und höre mit diesem Feindzeitvertreib auf und hüte sich, mit den Kollegen, Herrn ... mann, daß ihr in euren eigenen Häusern nicht gehänselt werdet." Der Minister hatte hinzugefügt, "über ein solches Preßzeugniß sind wir — die Mitglieder des Landtags — ja einig, daß uns das nicht aufregen kann; aber Sie werden mir zugeben: schön ist das nicht! Es ist sogar verwerflich für die Presse, die derartige Blätter lesen, und alle diejenigen — zu denen der Herr Abgeordnete v. Jagdzewski auch gehört — welche wünschen, daß diese Frage objektiv in Ruhe und Frieden erledigt werde, wollen die Hand dazu bieten, daß derartige Unfug aufhört." Der Artikel des "Gontec" vom 19. Februar, der auf Antrag der Vertheidigung verlesen wurde, beschäftigte sich mit dieser Rede des Ministers. Das Blatt bestritt, daß der Artikel gegen Herrn Kennemann, wie der Minister angenommen habe, gerichtet gewesen sei. Der Staatsanwalt beantragte mit Rücksicht auf die Schwere der Beleidigung und mit Rücksicht auf die vielen Vorstrafen des Angeklagten drei Monate Gefängnis, während der Vertheidiger auf Verhängung einer Geldstrafe wegen Beleidigung plaidierte. Wegen Bedrohung könne der Angeklagte nicht bestraft werden, denn die Herren werden doch wohl den Passus mit dem Gehängen nicht ernstlich aufgefaßt haben. Der Vertreter der Nebenkläger, Rechtsanwalt le Bleu, betont, daß der "Gontec" seit der Fahrt der Posener zum Fürsten Bismarck schwere Angriffe gegen die Herren Kennemann, v. Tiedemann und v. Hansemann gerichtet habe. Die Herren hätten sich nichts daraus gemacht, bis das Gedicht erschienen sei. Das kornien sie sich nicht gefallen lassen. Man müsse doch bedenken, daß die Herren einmütig auf dem Lande inmitten einer niederen polnischen Bevölkerung leben. Bei den Herren habe tatsächlich die Sorge vorgewaltet, daß ihnen etwas passiren könnte; aus diesem Grunde hätten sie den Strafantrag gestellt. Er halte die vom Staatsanwalt beantragte Strafe für außerordentlich milde. Der Gerichtshof erkannte nach längerer Beratung auf drei Monate Gefängnis. An sich sei dem Angeklagten, wie in früheren Fällen, der Schutz des § 193 (Wahrnehmung berechtigter Interessen) zugebilligt worden, aber der Artikel enthalte sehr grobe Beleidigungen, die bestraft werden müßten. Auch die Bedrohung mit der Begehung eines Verbrechens sei für vorliegend angesehen worden. Den beeidigten drei Herren wurde die Befugniß zugestanden, den Tenor des Urtheils je einmal in der "Posener Zeitung", dem "Tageblatt" und dem "Gontec" auf Kosten des Angeklagten zu veröffentlichen.

Polnisches.

Posen, den 1. April.

s. Aus der Stadt wird dem "Diemitt" geschrieben, das Ministerium habe durch den Erlaß, Kraft dessen die Schulen am 1. April frei haben, seinen Willen dahin kundgegeben, daß sich die Schulen jeder Feier zu Ehren Bismarcks enthalten sollen. Es werde also mit den Gefühlen aller derjenigen gerechnet, in deren Herzen sich die Regierung dieses Mannes blutig eingeschrieben habe. Trotzdem habe hier in Posen ein Rektor den Ministerialerlaß zu umgehen beschloßen, und zwar in der Weise, daß er die Feier zur Eröffnung des Fürsten Bismarck auf Dienstag, den 2. April festsetzte. Der "Diemitt" schreibt weiter: "Wir wissen nicht, was die Schulbehörde zu dieser Umgehung des Ministerial-Erlasses sagen wird, auf alle Fälle ist der Vorgang charakteristisch. Auch unter den Deutschkatolikern sei ob dieses Schrittes des Rektors Unzufriedenheit vorhanden, umso mehr, als katolische Kinder den protestantischen Choral: "Singet dem Herrn" singen und ein protestantisches Gebet anhören sollten."

s. Zu der Opposition der Deutschkatoliken gegen die Adresse an den Erzbischof schreibt der "Kurier": "Der ehrwürdige 'Pos. Bg.' bekräftigen wir, daß uns die hier und da bezeugte Opposition gar nicht wundert — im Gegentheil, wir wundern uns, daß sich überhaupt nur so wenige widerstrebende Elemente gefunden haben. Es ist ja nirgends Mangel an sog. 'Auchkatoliken', welche immer bereit sind, sich als Werkzeug gegen ihren geistlichen Vater benutzen zu lassen. Was nun Biedowia anbetrifft, dessen eigentlichen Namen die 'Pos. Bg.' und ihr Korrespondent, wie es scheint, erst aus unserem Blatte erfahren haben, werden wir, wie schon gesagt, auf den Bericht des ehrwürdigen Propstes S. warten." Auch wir leben dem Bericht des Herrn Propst erwartungsvoll entgegen. — Daß das Wort Biedowia im ersten Artikel ohne "e" zu lesen war, ist auf einen Druckfehler zurückzuführen; dieses kleinliche Bemängeln eines Druckfehlers ist bis jetzt Alles, was der "Kurier" an der Zeitschrift "richtigstellen" konnte.

s. Zu der Adresse des S.-L.-K.-Ver eins an den Fürsten Bismarck bemerkt der "Kurier": "Armer Fürst, sogar am Tage seines Geburtstages wird er an die von ihm gehassten Polen erinnert."

s. Polnisches Theater. Am kommenden Sonnabend wird im hiesigen polnischen Theater zum ersten Male das Drama des Dr. D. Karzowski "Zu Gode" aufgeführt werden.

s. Der Propst in Samter. Herr Wiczewski, ist Dank der Fürsprache des Patrons der dortigen Kirche, des Großherzogs von Sachsen-Koburg, zum päpstlichen Kammerherrn ernannt worden.

s. Aus Krotowin wird dem "Diemitt" gemeldet, daß die Güter Konarczow, umfassend 4600 Morgen, welche vor zwei Wochen im Subhastationsstermin von der Frau Krzyzhanowska, geb. Gräfin Krasinska, erstanden wurden, von letzterer vorgekauft an einen Deutschen, Herrn Frahn aus Schlesien, verkauft wurden.

Telegraphische Nachrichten.

*) Friedrichruh, 1. April. [Privat-Telegramm der "Pos. Bg."] Hier herrscht beim herrlichsten Frühlingswetter ein riesiger Fremdenzufluß; alle Züge sind überfüllt. Das Schloss ist durch eine Nachtigall getroffene Polizei-Abtheilung streng abgesperrt. Der Fürst verbrachte die Nacht gut; heute Morgen empfing er 10 Familien und die intimsten Freunde. Um 12 Uhr erschienen hier die Deputationen großer Körperschaften und die Studenten, welche in 5 Extrazügen um 11 Uhr in Lumühle eintrafen. Die Neben sollen möglichst gekürzt werden, damit der Fürst thätigst geschont wird. Alle gekrönten Häupter haben gratuliert.

Friedrichruh, 1. April. Die Huldigungsfahrt der Studentenschaft. Etwa 4000 Studenten von 30 Hochschulen marschirten Mittags vor der Schloßterrasse auf. Der Fürst wurde bei seinem Erscheinen mit einem dreimaligen enthusiastischen Hurrah begrüßt. Hierauf verlas ein Mitglied des Ausschusses der deutschen Studentenschaft eine Adresse und übergab das auf der Terrasse aufgestellte Ehrengeschenk mit der bereits gemeldeten Ansprache, auf welche der Fürst erwiderte. Nachdem letzterer darauf mehrere Studenten angesprochen und hierzu den Park betreten hatte, folgte nach der Rückkehr des Fürsten auf die Terrasse der Gesang eines

Preisliedes nach der Melodie des Körnerschen Schwertliedes. Nachdem hierauf der Fürst unter stürmischen Hochrufen den Park verlassen hatte, löste sich der Zug auf. Die Studenten kehrten Nachmittags 2 Uhr in fünf Extrazügen nach Hamburg zurück.

Auf die Rede des Sprechers der Studentenschaft erwiderte Fürst Bismarck folgendes:

"Meine Herren, ich habe schon aus dem Munde Ihrer Lehrer, der Dirigenten der Hochschulen eine Anerkennung über die Vergangenheit erhalten, die für mich von höchstem Werthe ist. Aus dieser Begrüßung entnehme ich die Zustimmung für die Zukunft, die für einen Mann meines Alters mehr Werth hat, als wie sonst. Viele von Ihnen werden bis zur Mitte des nächsten Jahrhunderts die Gefinnung, welche Sie heute bekunden, beibehalten können, während ich denn seit Längerem der Vorzeit angehöre. Das ist nur ein Trost, denn der Deutsche ist nicht so organisiert, daß er das, wofür er in der Jugend begeistert war, in späteren Jahren fallen läßt. Sie werden in 40, in 60 Jahren nicht ganz die Gefinnung von heute haben, aber was die Regierung Kaiser Wilhelms in Ihre Herzen gelegt, wird immer seine Früchte tragen."

Wie auch die thaatliche Einrichtung sich gestaltet, das Nationalgefühl bleibt erhalten, selbst wenn man auswandert. Ich habe heute den Beweis, daß Tausende in Capland, Amerika und Australien mit gleicher Begeisterung am alten Vaterlande hängen. Wir haben unsere nationale Unabhängigkeit in schweren Kriegen erkämpfen müssen, der Prolog dazu war der holsteinische Krieg; wir mußten den österreichischen Krieg führen, um uns mit Oesterreich auseinanderzusetzen, sozusagen vor Gericht ein Separationsurtheil zu erlangen. Nach dem Kampfe von Sedan hat jeder vorausgesehen, daß der Krieg mit Frankreich bevorsteht. Es empfahl sich nicht, ihn zu früh zu führen, bevor die Früchte der norddeutschen Einigung unter Dach gebracht waren. Dann entstand das Gerücht, in fünf Jahren sei der nächste Krieg. Das stand auch zu fürchten, aber ich suchte es zu verhindern, wir hatten keinen Grund dazu. Wir hatten, was wir brauchten — darüber hinaus zu sechten, aus Eroberungsbedürfnis, schenken wir honapartistische Gefinnungslosigkeit und nicht germanische Art. Nach dem Ausbau unseres Hauses bin ich immer Friedensfreund gewesen und habe dazu kleine Mittel nicht gescheut. Ich habe in der Frage der Karolinen- und Samoa-Inseln nachgegeben, so großen Werth ich auch auf unsere koloniale Entwicklung lege, um nicht Krieg zu führen. Das ist der Vorzug des germanischen Charakters, Verfriedlung in der Anerkennung des eigenen Werthes zu finden; er hegt kein Bedürfnis nach Herrschaft und Vorrecht. Es ist in politischen Dingen viel leichter zu sagen, was man vermeiden, als was man thun soll. Gewisse Grundzüge der Ehrlichkeit und Tapferkeit unterlagen es manches zu thun, sowie es im Manöver verboten ist, bestimmte Felder zu betreten. Für die Entschlüsseungen über das, was geschehen solle, gibt es keine sichere Voraussetzungen, sie sind abhängig von den Entschlüssen anderer. Wenn die Freunde ihre Ansicht ändern, ist oft der ganze Plan mißlungen. Positive Unternehmungen sind in der Politik sehr schwer; wenn sie gelingen, soll man Gott danken, daß er seinen Segen dazu gegeben und nicht mäßeln, daß Kleinigkeiten fehlen. Ein Mensch kann den Strom der Zeit nicht schaffen, verlängern, sondern nur darauf steuern mit mehr oder minder Geschick. Wenn wir zum guten Hafen gekommen sind, was ich aus der überwiegenden, ich kann nicht sagen, der allgemeinen Zustimmung, entnehmen, so wollen wir aufstehen und erhalten, was wir erlangten an Kaiser und Reich, ein Reich, wie es ist, nicht wie manche es wünschen, mit anderen Einrichtungen und etwas mehr Zuthaten von dem, was jedem am Herzen liegt, sowohl in konfessioneller, als in sozialer Beziehung. Wir wollen sorgfältig festhalten, was wir haben, in der Sorge, auch dies zu verlieren. Deutschland ist ein mächtiges Reich gewesen unter den Carolingern, Sachsen und Hohenstaufen, und als es diese Stellung verloren hatte, fand 500, 600 Jahre vergangen, ehe es wieder auf die Beine kam. Die politische Entwicklung ist so langsam, wie die der geologischen Schichten, sie legen sich übereinander, und bilden neue Bänke und Gebirge. Aber ich möchte vor allem die jüngsten Herren bitten, sich nicht dem deutschen Bedürfnis der Kritik allzusehr hinzugeben. (Große Gekräftel.) Nehmen Sie an, was Gott uns gegeben, was wir müßsam unterm Gewehrschlag des übrigen Europas errungen, es war nicht leicht. Wären wir damals vor den europäischen Sentimentalisten ciktirt worden, wir wären nicht so gut weggekommen. Es blieben freilich noch berechtigte und erntehenswerthe Ansprüche übrig, aber nur nicht zu früh, nur nicht zu hastig! Halten wir an allem fest, was wir haben, die meisten Opfer für die Herstellung des deutschen Reiches brachten die deutschen Fürsten, den König von Preußen nicht ausgenommen. Mein alter Herr hat lange gezögert, ehe er die Reichsunabhängigkeit herbeiführte an das Reich aufgab. Seien wir ihnen dankbar, daß sie für das Reich die Opfer gebracht, die den Dynastien schwer werden mußten, nach ihrer Geschichte. Seien wir auch dankbar der Wissenschaft und ihren Schülern (?), daß sie auf ihrem Herd das Feuer der Einheit erhalten haben, wie die Zeit kam, da die Flamme höher aufloberte, und wie leuchtende Wärme wirkte. Ich sei ein alter konservativer Mann, werden Sie sagen, ich wiederhole aber, halten wir zusammen, was wir haben. Fürchten wir uns nicht vor denen, die uns nicht gönnen, was wir haben. In Deutschland hat es immer Kampf gegeben; die heutigen Fraktions-Spaltungen sind die Nachwehen der alten Kämpfe seit dem Bauernkriege; ohne Kampf kein Leben, ohne innere Kämpfe kommen wir zuletzt beim Eitelenthum an und verfeuern. Nur muß man in allen Kämpfen einen Sammelplatz haben, der Sammelplatz ist für uns das Reich, nicht wie es von einzelnen erwünscht worden, sondern wie es ist. Deshalb bitte ich Sie, einzustimmen in das Hoch auf Kaiser und Reich. Kaiser und Reich, sie leben hoch!"

Die Studenten stimmten begeistert ein in den Hochruf, der sich minutenlang fortsetzte. Darauf kam Fürst Bismarck auf die Chargirten zu und stieg die Treppe herab, um sich mit einzelnen Studenten zu unterhalten. Dabei vertheilte er aus einem gewaltigen Strauß, Blumen an die Studentenschaft, welche unausgeseht Hochrufe auf den Fürsten unter Zusammenstoß der Rippe ausbrachten. Die Studenten waren ungefähr 5000 an der Zahl; der Aufmarsch hat 1 1/2 Stunde gedauert. Um 1 Uhr war die Spitze des Zuges eingetroffen, um 1 1/2 Uhr kam der Fürst auf den Balkon, um die Huldigung entgegen zu nehmen.

Kiel, 1. April. Prinz Heinrich überwies dem hiesigen Ausschuss für ein Bismarckdenkmal einen namhaften Beitrag.

Silbesheim, 1. April. Bei dem gestrigen Bismarck-Kommers wurden 1400 M. gesammelt als Grundstock für eine Bismarckstiftung für kranke und arme Kinder.

Stuttgart, 1. April. Der König richtete an Bismarck ein Glückwunschsreiben, welches der Flügeladjutant Oberst von Watter nach Friedrichruh über-

bringt. Der König hielt an die Gymnasien-Deputation eine Ansprache, die Größe Bismarcks darstellend.

Petersburg, 1. April. Die gegen den früheren Verkehrsminister Erimowichin eingeleitete Untersuchung ergab, daß der Staat allein beim Bau der Transkaspischen Bahn um mehrere Millionen Rubel betrogen worden ist.

Paris, 1. April. Wie verlautet, wird der französische Botschafter in Rom, Villot, demnächst einen längeren Urlaub antreten. Dieser Urlaub gilt als Einleitung zu seiner Abberufung.

Brüssel, 1. April. Anlässlich der heute stattfindenden Manifestationen ist außer Militär und Polizei auch die Bürgergarde einberufen worden. Letztere soll um 7 Uhr Abends antreten.

Charleroi, 1. April. Wie vorausgesehen, ist unter den Glasarbeitern in Charleroi theilweise Streik ausgebrochen. Nur in etwa 10 von 20 Glashütten wird gearbeitet von den Arbeitern, deren Kontrakt noch nicht abgelaufen ist. Es herrscht vollkommene Ruhe. Die Kohlengrubenarbeiter arbeiten. In den Kohlenbeden von Lüttich, Mons, im bassin eontre herrscht vollständige Ruhe. Ueberall wird gearbeitet.

Newyork, 1. April. Neutermelbung. In den Gefechten mit den Cuba-Insurgenten in der Provinz Santa Clara sollen die Regierungstruppen an beiden Tagen geschlagen sein und 49 Tode verloren haben. Viele von den Truppen sollen zu den Insurgenten übergehen. Die Insurgenten werden auf 20 000 geschätzt.

Der japanisch-chinesische Krieg.

Siroshima, 1. April. Der Bericht des Obersten Ito über die Einnahme der Fischerinseln folgt: Kaskee, Mafung erst nach zwei Zusammenstößen genommen. Der Verlust der Chinesen beträgt 30 Tode, 60 Gefangene, der Verlust der Japaner ein Toder, 16 Verwundete. Auf

Telephonische Nachrichten.

Eigener Fernsprechdienst der "Pos. Bg."

Berlin, 1. April, Nachmittags.

Heute fand unter dem Vorsitz des Kaisers eine Kommissionsitzung für die Eröffnungsfeier des Nordostseekanals statt, woran theilnahmen General Waldersee, Oberpräsident Steinmann, die Admirale Knorr und Hollmann.

Das Kaiserpaar überbrachte gestern Mittag dem Reichskanzler persönlich die Glückwünsche zum Geburtstag.

*) Für einen Theil der Auflage wiederholt.

Berlin, 1. April, Abends.

Der "Reichsanzeiger" meldet: Der Oberpräsidialrath v. Sagow ist als Präsident der Regierung zu Posen ernannt worden.

Der "Reichsanzeiger" bringt die Nachricht von der Ernennung des Polizeipräsidenten von Stettin, Thon, zum Oberpräsidialrath in Posen. (Diese Nachricht war bekanntlich von anderer Seite bereits vor Kurzem gebracht, dann aber auf Veranlassung des nunmehrigen Oberpräsidialraths, dem nach seiner Angabe noch gar keine Mittheilung von einer beabsichtigten Beretzung zugegangen war, demittirt worden. — Red.)

Der "Reichsanzeiger" schreibt an der Spitze seines Blattes: Fürst Bismarck vollendet heute sein 80. Lebensjahr. Die zahllosen Beweise aufrichtiger Liebe und Verehrung, welche ihm aus diesem Anlaß von nah und fern, von hoch und niedrig in den letzten Tagen und Wochen zu Theil geworden sind, legen Zeugniß ab, daß die Dankbarkeit für die unsterblichen Verdienste an Deutschlands Macht und Größe unaussprechlich in das Herz des deutschen Volkes eingegraben ist. Möchte diesen heißen Wünschen für das fernere Wohlergehen, die heute überall, wo Deutsche zusammenwohnen, zu Gott emporsteigen, Erfüllung beschieden sein, Deutschlands größter Sohn noch lange Jahre Freude haben an dem von ihm im Dienste des glorreichen Heidenkaisers geschaffenen Werke, die deutsche Einheit immer noch wachsen und befestigen sehen.

Friedrichruh, 1. April. Mittags kamen die Flügeladjutanten des Kaisers, Graf Moltke, und des Königs von Sachsen, Graf Bizthum, an. Beide überbrachten Glückwünsche ihrer Souveräne. Fürst Bismarck sah während des Empfanges gut und frisch aus. Prof. Schweminger blieb fortwährend in seiner Nähe.

Mentone, 1. April. Seit 48 Stunden wüthet in der prächtigen Hauptstraße der Via Corso ein verheerender Brand, der erst Nachts lokalisiert werden konnte. Ein mit größtem Luxus ausgestattetes Hotel sowie fünf andere Paläste sind eingestürzt; der Schaden wird auf 7 Millionen Lire geschätzt. Bei den Löscharbeiten sind 19 Personen verunglückt, 3 sind ihren Verletzungen erlegen.

Petersburg, 1. April. Einer großen Anzahl liberaler, russischer Schriftsteller ist es gelungen, ihre schon früher erwähnte Bittschrift um Aenderung der Preßvorschriften an den Zaren gelangen zu lassen. Es verlautet, der Kaiser habe die Bittschrift nicht ungnädig aufgenommen und beschloßen, den Beschwerden auf den Grund zu gehen. Deshalb tritt das Gerücht von dem Rücktritt des Ministers des Inneren, Durnowo, verstärkt auf. Als Nachfolger wird Graf Schuwalow genannt.

(Hierzu zwei Beilagen.)

Notales.

Posen, 1. April.

Der am 1. April d. J. in Wirksamkeit getretenen königlichen Eisenbahndirektion in Posen, deren Geschäfts-räume sich in dem bisherigen Verwaltungsgebäude des Eisenbahn-Betriebsamts (Stargard-Posen) in Posen, Louisestraße 10 befinden, untersteht mit den den Provinzialbehörden zugewiesenen Rechten und Pflichten die Verwaltung folgender, zu ihrem Bezirk gehörigen Betriebs- und Baustrassen:

Frankfurt a. O. (auschl.)-Bentschen-Posen, Neppen-Kottelnice (auschl.)-Guben (auschl.)-Bentschen, Bentschen-Meseritz, Meseritz-Landsberg a. W. (im Bau), Bentschen-Wollstein, Wollstein-Bissa i. P. (im Bau), Opalenitz-Grätz, Dornitz (auschl.)-Posen, Trachenberg-Herrnsdorf, Bojanowo-Subrau, Hansdorf (auschl.)-Sagan, (auschl.)-Glogau (auschl.)-Bissa i. P., Czempin-Schrimm, Posen-Kreuzburg (auschl.)-Bissa i. P.-Jarotchin, Bissa i. P.-Dittrowo, Dels (auschl.)-Gnesen (auschl.) und Glogau-Straltowo.

Für die Ausführung und Ueberwachung des örtlichen Dienstes nach den Anordnungen der königlichen Eisenbahn-Direktion sind eingerichtet:

A. Königliche Eisenbahn-Betriebsinspektionen:

- in Frankfurt a. O. (Frankfurt a. O. 2) für die Strecke Frankfurt a. O. (auschl.)-Neppen (einschl.)-Bentschen, (einschl.)-Opalenitz (auschl.).
- in Guben: für die Strecken Guben (auschl.)-Bentschen (auschl.), Meseritz (auschl.)-Bentschen (auschl.) und Bentschen (auschl.)-Wollstein.
- in Meseritz: für die Strecke Neppen (auschl.)-Meseritz (einschl.)-Kottelnice (auschl.).
- in Posen (Posen 2) für die Strecken Grätz-Opalenitz (einschl.)-Posen (einschl.)-Wreschen (einschl.)-Straltowo (einschl.).
- in Posen (Posen 3): für die Strecken Posen (auschl.)-Jarotchin (auschl.) und Jarotchin (auschl.)-Wreschen (auschl.)-Gnesen (auschl.).
- in Dittrowo: für die Strecke Jarotchin (einschl.)-Dittrowo (einschl.)-Kreuzburg (auschl.).
- in Jarotchin: für die Strecke Dels (auschl.)-Jarotchin (einschl.)-Wreschen (auschl.) und Jarotchin-Dittrowo (auschl.).
- in Glogau (Glogau 2): für die Strecke Hansdorf (auschl.)-Sagan (auschl.)-Glogau (auschl.)-Bissa i. P. (auschl.).
- in Bissa i. P. (Bissa i. P. 1): für die Strecken Bissa i. P. (einschl.)-Posen (auschl.), Bissa i. P.-Jarotchin (auschl.) und Czempin-Schrimm.
- in Bissa i. P. (Bissa i. P. 2): für die Strecken Bissa i. P. (auschl.)-Kottelnice (auschl.), Bissa i. P. (auschl.)-Dornitz (auschl.)-Trachenberg-Herrnsdorf und Bojanowo-Subrau.

Anmerkung: Die in Posen eingerichtete Betriebsinspektion 1 gehört zum Direktionsbezirk Bromberg.

B. Königliche Eisenbahn-Maschinen-Inspektionen:

- in Guben: für die Strecken der Betriebsinspektionsbezirke Frankfurt a. O. 2, Guben und Meseritz.
- in Posen: für die Strecken der Betriebsinspektionsbezirke Posen 2, Posen 3, Dittrowo und Jarotchin.
- in Bissa i. P.: für die Strecken der Betriebsinspektionsbezirke Glogau, Bissa i. P. 1 und Bissa i. P. 2.

C. Eine königliche Werkstätteninspektion in Posen:

für den Bezirk der Hauptwerkstatt Posen;

D. Eine königliche Telegrapheninspektion in Posen:

für den ganzen Bezirk der Eisenbahndirektion Posen;

E. Königliche Eisenbahn-Verkehrsinspektionen:

- in Guben: für die Strecken der Betriebsinspektionsbezirke Frankfurt a. O. 2, Guben und Meseritz.
- in Posen: für die Strecken der Betriebsinspektionsbezirke Posen 2, Posen 3, Dittrowo und Jarotchin.
- in Bissa i. P.: für die Strecken der Betriebsinspektionsbezirke Glogau, Bissa i. P. 1 und Bissa i. P. 2.

F. Königliche Eisenbahn-Bauabtheilungen:

- in Bissa i. P. für die Leitung der Neubausführung der Bahnstrecke Wollstein-Bissa i. P.
- in Landsberg a. W. die Leitung der Neubausführung der Bahnstrecke Meseritz-Landsberg a. W.

Soweit es sich um den Verkehr mit dem Publikum handelt, obliegt innerhalb ihres Amtsbezirks bzw. ihres Geschäftskreises unter anderem:

A. Den Eisenbahn-Betriebsinspektionen.

- Die Vergabung bzw. Verpachtung der Dispositions-Ländereien, Grasabgrünungen, Pflanzungen und der Lagerplätze.
- Die Fürsorge für die ordnungsmäßige Benutzung der Vorplätze und Wege, für die Verwertung und Benutzung des Grundeigentums, für die Verpachtung von Bahnhofs- und sonstigen Gebäuden und anderer Räume.

- die Fürsorge für die Befolgung der Vorschriften über die Errichtung von Gebäuden und Lagerung von Materialien in der Nähe der Eisenbahn.
- die Verwaltung der Bahnpolizei.
- der Verkehr mit Unternehmern und Lieferanten bzw. mit den Abzogenen und anderen Betheiligten in Angelegenheiten der Instandhaltung der Bahn und aller zugehörigen baulichen Anlagen.
- die Erledigung von Anträgen und Beschwerden des Publikums, soweit diese den Betrieb betreffen, ferner
- von Anträgen und Beschwerden gegen das in den Büreaus der Betriebsinspektionen beschäftigte Personal und gegen die Beamten, Hilfsbediensteten und Arbeiter des Stations- und Zugbegleitungsdienstes, der Bahnunterhaltung und der Bahnaufsicht.

B. den Eisenbahn-Maschineninspektionen:

- Die Untersuchung von Anträgen und Beschwerden des Publikums, welche sich auf den Lokomotivdienst im Allgemeinen, sowie auf den Zustand, die Reinigung, Beleuchtung und Heizung der Wagen beziehen.
- der Verkehr mit Unternehmern und Lieferanten bzw. mit anderen Betheiligten in Angelegenheiten der Beschaffung u. f. w. der Zugausstattungsgegenstände, sowie der für den Wagenbediensteten erforderlichen Werkzeuge, Geräte und Materialien.
- die Erledigung von Anträgen und Beschwerden gegen das in den Büreaus der Maschineninspektionen beschäftigte Personal und gegen die Beamten, Hilfsbediensteten und Arbeiter im Lokomotivdienst, sowie im Dienste der Neben- und Betriebswerkstätten, der Gasanstalten, der elektrischen Beleuchtungsanlagen, der Betriebs-, Werkstätten- und Gasanstalts-Materialien-Magazine, endlich gegen die Maschinen- und Wagenwärter.

C. der Eisenbahn-Werkstätten-Inspektion:

- der Verkehr mit Unternehmern und Lieferanten in Angelegenheiten betreffend die Abnahme der in der Werkstätte zur Anlieferung gelangenden Betriebsmittel, Ersatztheile, Materialien und sonstigen Gegenstände.
- die Erledigung von Anträgen und Beschwerden gegen das in dem Bureau der Werkstätteninspektion beschäftigte Personal und gegen die in der Hauptwerkstätte und in den zugehörigen Magazinen beschäftigten Beamten, Hilfsbediensteten und Arbeiter.

D. der Eisenbahn-Telegraphen-Inspektion:

- die Verfolgung von Beschädigungen der elektrischen Telegraphen-, Signal- und sonstigen zur Sicherung des Eisenbahn-Betriebes dienenden elektrischen Anlagen.
- der Verkehr mit Unternehmern und Lieferanten in Angelegenheiten betreffend die Abnahme derjenigen Materialien und Werkstoffe, an welche besondere Anforderungen in elektrischer Beziehung zu stellen sind.
- die Erledigung von Anträgen und Beschwerden gegen das im Bureau der Telegraphen-Inspektion beschäftigte Personal, die Telegraphenmeister, sowie die in den Telegraphenwerkstätten, bei der Unterhaltung und beim Bau der elektrischen Telegraphen- und Signalanlagen beschäftigten Beamten, Hilfsbediensteten und Arbeiter.

E. den Eisenbahn-Verkehrs-Inspektionen:

- die Aufrechterhaltung einer lebendigen Verbindung zwischen der Eisenbahnverwaltung und den Verkehrsinteressenten,
- die Behandlung von Anträgen und Beschwerden, welche vom Publikum in Angelegenheiten des Abfertigungs- und Beförderungsdienstes erhoben werden,
- die Aufsicht über eine zukunftsverdienende Behandlung des Publikums seitens der Abfertigungsbeamten,
- (mit einzelnen hier weniger interessirenden Ausnahmen) die Entscheidung auf Anträge, welche gerichtet sind:
 - auf Rückerstattung von Fahrgeld und Gepäckfracht,
 - auf Entschädigung aus dem Frachtkontrakte über die Beförderung von Gepäck, Gütern, lebenden Thieren und Leichen, insbesondere wegen Verlustes und Beschädigungen oder wegen Verzögerung der Beförderung,
 - auf Erstattung von Nebengebühren und Konventionalstrafen aus dem Frachtgeschäft, soweit der reklamirte Gesamtbetrag die Summe von 300 M. nicht übersteigt.
- die Untersuchung derjenigen zu 4 gemeinten Anträge, welche auf Zahlung eines höheren Betrages als 300 Mark gerichtet sind,
- die Weiterleitung der der Entscheidung der Verkehrs-Inspektionen oder der Untersuchung durch dieselben nicht unterliegenden Erstattungsanträge und der, der Entscheidung der Verkehrs-Inspektionen ebenfalls nicht unterliegenden

Anträge gegen die Frachtberechnung aus der Beförderung von Gütern und lebenden Thieren an die zugehörige Eisenbahndirektion.

- die Ueberwachung des Koffuhrwesens,
- die Fürsorge für die Befolgung der Vorschriften über die Wagenbestellung seitens der Dienststellen,
- der Verkehr mit Unternehmern und Lieferanten in Angelegenheiten betreffend die Beschaffung der Dienstgeräte für die Abfertigungsstellen, Fahrkarten-, Gepäck-, Stations- und Güterkassen,
- die Erledigung von Anträgen und Beschwerden gegen das im Bureau der Verkehrsinspektionen beschäftigte Personal, gegen sämtliche Beamten, Hilfsbediensteten und Arbeiter, welche in selbständigen Dienststellen mit der Abfertigung von Personen, Gepäck, Gütern und lebenden Thieren sowie im Kassenbedienste und mit der Auskunftsertheilung in Verkehrsangelegenheiten betraut sind.

Außerdem sind die Betriebs-, Maschinen-, Werkstätten- und Telegraphen-Inspektionen berechtigt, die auf Grund genehmigter Kostenaufschläge oder besonderer Ermächtigung auszuführenden Arbeiten und Lieferungen ohne Vorbehalt der Genehmigung der Eisenbahndirektion zu vergeben, und zwar:

- a. freihändig bis zum Betrage von 1000 Mark,
- b. im Wege der beschränkten Ausschreibung bis zum Betrage von 3000 Mark,
- c. im Wege der öffentlichen Ausschreibung bis zum Betrage von 15 000 Mark, sofern dem Mindestfordernden der Zuschlag erteilt wird.

Dieselben vorstehend unter a bis c aufgeführten Befugnisse stehen den Eisenbahn-Bauabtheilungen zu, welchen überdies auch die Erledigung von Anträgen und Beschwerden gegen das in den Baubüreaus und bei den Bauausführungen beschäftigte Personal und der Verkehr mit Unternehmern und Lieferanten bzw. mit den Abzogenen und anderen Betheiligten in Angelegenheiten des Baues der neuen Bahnstrecken und aller zugehörigen baulichen Anlagen und in Angelegenheiten der Beschaffung u. f. w. von Materialien und Geräten für diese Neubauten obliegt.

Die Geschäftsräume der Betriebs-, Maschinen-, Verkehrs- und Telegraphen-Inspektion in Posen befinden sich auf dem Bahnhofe daselbst im südlichen Flügel des Empfangsgebäudes.

P. Mit dem heutigen Tage nimmt die Eisenbahn-Direktion Posen ihre Wirksamkeit auf. Wir versehen nicht auf dieses Ereigniß noch besonders aufmerksam zu machen, weil sämtliche die Provinz Posen betreffenden Eisenbahnfragen nun eine berufeneren und energischeren Förderung, als wie bisher finden werden. Auch begrüßen wir sämtliche Beamte, welche anlässlich der Neugestaltung der preussischen Eisenbahnverwaltung nach unserer Stadt versetzt worden sind. Keiner von ihnen ist wohl so recht gern nach Posen gegangen, da sich unsere Vaterstadt nun einmal besonders in Westdeutschland, von wo die meisten Beamten herbeigezogen worden sind, keines besonderen Ansehens erfreut. Aber bald werden sie einsehen, daß sich auch in Posen, dieser aufstrebenden Stadt mit ihrem reichen Bürgerthum, Leben läßt. Möge ihnen daher unsere Stadt bald zur liebgewohnten Heimath werden.

* **Wegen Raummangels** können wir den Bericht über die Sonnabend-Sitzung der Stadtverordneten erst in nächster Nummer zum Abdruck bringen.

r. **Unsere Prognose für das diesjährige Hochwasser der Warthe** ist ziemlich genau eingetroffen. Wir hatten am den 20. Februar, zu einer Zeit, als wohl die Wenigsten an ein Hochwasser dachten, aber kurze Zeit nach einem Froste von 18 Gr. Kälte Thauwetter eintrat, die Prognose aufgestellt: es sei in diesem Frühjahr wegen der großen Schneemassen in dem ca. 400 Quadratmeilen großen Flußgebiete der Warthe oberhalb Posen's unzweifelhaft ein Hochwasser zu erwarten; doch werde dasselbe, da das Aufthauen des Schnees frühzeitig begimme, hoffentlich nicht sehr bedeutend werden, indem der Abfluß des Wassers sich auf längere Zeit vertheilen werde. In Wirklichkeit ist nun auch viel Schmelzwasser vom 20. Februar bis zum 20. März sehr allmählich unter einem niedrigen Wasserstand von 80 bis 100 Centim. abgelaufen. Wohl Mancher, der die „tückische“ Warthe nicht kennt, hat sich durch diesen andauernd niedrigen Wasserstand der Warthe zu der Annahme verleiten lassen, daß wir überhaupt in diesem Frühjahr ein ganz unbedeutendes Steigen der Warthe zu gewärtigen hätten. Aber nach dem einen Monat anhaltenden Stillstande begann am 20. März das Anfangs schwache Steigen des Wassers, welches von Tag zu Tag zunahm, so daß, wie bereits mitgetheilt, heute früh

Im Schutze des Zauberers.

Erzählung von E. A. Denty.

Vom Verfasser genehmigte Verdeutschung.

[Nachdruck verboten.]

Erstes Kapitel.

Es ließ sich kaum ein herrlicherer Anblick denken. Die weiten Gartenanlagen überall erhellt vom bunten Lichte mannigfaltig geformter Lampen, alle Wege eingefast von dichten Reihen kleiner Flammen, und über den Terrassen in prunkvoller Pracht der Palast, magisch beleuchtet durch die von unten her strömende sanfte Helle. Die Personen indeß, welche diese echt orientalische Scene belebten, waren meist Engländer, vorwiegend Herren in Uniform; doch sah man unter der auf den breiten Gängen hin- und herwogenden Menge auch viele Damen.

Am Ende der einen Terrasse musizierte die Kapelle eines Infanterie-Regiments, und wenn hier eine Pause entstand, so ertönte von der anderen Seite alsbald das Spiel einer Musikbande von Eingeborenen. In einem der weiten inneren Räume des Palastes, die alle strahlend erleuchtet waren, sah man hier und da an den Tischen noch vereinzelte Paare beim Abendessen. Zwischen seinen Gästen ging der Rajah umher, geläufig englisch plaudernd, mit den Männern lachend, den Damen Artigkeiten sagend — der lebenswürdigste Mensch von der Welt, wie alle seine Gäste meinten. Das heutige Fest war ein großer Erfolg: es hatte mit einem Bankett für die Offiziere und Beamten der benachbarten Station begonnen; später hatten sich die Damen eingefunden. Zu ihrer Unter-

haltung waren glänzende National-Tänze und Spiele von Eingeborenen aufgeführt worden, hierauf war ein großartiges Feuerwerk gefolgt, und zuletzt hatte der Rajah eine schwingvolle Rede gehalten, in der er die Engländer seiner höchsten Verehrung und innigsten Sympathie versicherte.

Endlich kam nun die Stunde des Aufbruchs, und der Rajah war nach allen Seiten hin beschäftigt, seine Gäste auf das lebenswürdigste zu verabschieden. Als der letzte fort war, wandte er sich ins Innere des Palastes, durchschritt die große Halle und betrat, einen Vorhang bei Seite schiebend, ein kleines Gemach. Nach kurzem Auf- und Abschreiten in dem mit dicken Teppichen und schwellenden Polstern kostbar ausgestatteten Räume ergriff der Rajah eine silberne Glocke, auf deren Schall Khoooschil, der Haushofmeister, und Smambuz, der Oberfeldherr, herbeikamen.

„Es ist alles gut gegangen, — ich bin mit Dir zufrieden, Khoooschil“, begann der Rajah. „Wald haben wir sie im Garne. Sie ahnen nicht, was Rena Sahib ihnen bereitet. Die Thoren glauben wirklich, ich wolle die Hand lassen, die mir mein Reich raubte. Sprich, Smambuz, sind Deine Boten zurück?“

„Einige sind angelangt, mein Herr und Gebieter. Befiehlst Du, daß sie vor Dein Angesicht treten?“

„Ja; sie mögen sogleich — aber einer nach dem andern kommen. Das wird meinen Sinn am besten von dem seichten Geschwätz der Gäste ablenken. Eurer bedarf ich heute nicht mehr.“

Die beiden Würdenträger zogen sich zurück, und gleich darauf trat ein Eingeborener, in die Lumpen eines Bettlers

gehüllt, in das Zimmer. Er neigte seine Stirn bis auf den Teppich nieder und blieb auf den Knien liegen, während er des Rajahs Frage, woher er käme, beantwortete:

„Herr und Gebieter, ich war drei Wochen in Meirut und vertheilte die Chupaties mit der Aufschrift „Wacht, die Zeit naht“, unter den eingeborenen Regimentern. In Bazar verbreitete ich dann das Gerücht, die Sepoys wären unrein und ihrer Rasse verlustig durch das Abbeissen der Patronen, welche die Regierung absichtlich mit Schweineschmalz einsetten ließ.“

Der Rajah nickte. — „Wohl, komme morgen wieder, Delan Bohn zu holen. Doch schweige — ein einziges Wort — und auch in Indiens fernstem Winkel entfliehet Du nicht meiner Rache.“

Mann auf Mann erschien vor dem Rajah. Einige waren als Bettler verkleidet, einer oder zwei waren Fakire, und alle hatten Aehnliches zu berichten. Einer machte den Eindruck eines reichen Handelsmannes. „Wie geht es, Makboom?“ fragte ihn der Rajah.

„Gut, o Herr. Ich habe alle Distrikte bereist, in denen wir einst geherrscht, ehe diese Feringhi uns verdrängten und hunderte von uns in Verderben und Gefangenschaft trieben. Viele der Gefangenen, die der Tod verschont hat, sind jetzt frei, und mit ihnen habe ich gesprochen. Die meisten sind alt und wenige könnten wieder zum Werk des Weges sich wenden. Aber fast alle haben einen Sohn oder Enkel dazu erzogen. Nicht wegen des damit verbundenen Gewinnes — der ist durch die Härte der Weißen zu gering und mit zu viel Gefahr verbunden, — sondern um der Liebe zur Kunst willen. Für einen Diener der Göttin liegt ein berauschendes Entzücken

(Schluß folgt.)

Aus der Provinz Posen.

1. Kunitz, 31. März. [Falsche Fünzig-Dollar-Scheine.] In einem größeren hiesigen Manufakturwarengeschäft wollten am vergangenen Dienstag zwei polnische Bauern einen Fünzig-Dollar-Schein wechseln. Dies geschah auch, nachdem eine in der Nachbarschaft wohnende Amerikanerin den Schein für echt erklärt hatte. Am folgenden Tage wanderte der Schein nach Posen zu dem Bruder des hiesigen Kaufmanns; dieser wollte den Schein am Freitag bei dem Bankhause von Siegmund Wolff u. Co. einlösen, wo ihm jedoch erklärt wurde, daß der Schein falsch sei. Als auch von anderen Bankstellen dasselbe behauptet wurde, sandte man den Schein hierher zurück. Ein Bruder des hiesigen Kaufmanns, der den einen der beiden Bauern in dem Dorfe Radzewo bei Bnin wohnend wußte, fuhr sofort in Begleitung des Bntner Gendarmen Flugner nach Radzewo. Nach kurzer Umfrage erfuhren sie dort, daß der Besitzer dieser falschen Scheine wahr-scheinlich der Arbeiter Polzalski, der vor noch nicht langer Zeit aus Amerika zurückkehrte, sein werde. Diese Voraussetzung traf auch zu. Der Gendarm veranlaßte natürlich sofort die Herausgabe des gemischten Geldes, während er den falschen Schein selbst noch am selben Tage an die künftl. Staatsanwaltschaft nach Posen sandte.

2. Samter, 1. April. [Die Landwirtschafts-schule.] Hier selbst wurde im vergangenen Schuljahr von 142 Schülern besucht. Sie erstreckt sich seit dem Jahre 1880, in welchem sie errichtet wurde, einer zwar langsam, aber stetig wachsenden Frequenz. Die Anstalt besteht aus drei Klassen, welche nach dem Lehrplan der Sexta, Quinta und Quarta eines Gymnasiums unterrichten, und drei Fachklassen, in denen etwa eine Hälfte der wöchentlichen Stunden auf Landwirtschaft und Naturwissenschaften kommt. Es wird in ihnen nur eine fremde Sprache, das Französische, betrieben, um für den Sachunterricht Raum zu bekommen. Die Abgangsprüfung, welche zum einjährig-freiwilligen Militärdienste berechtigt, bestanden im vorigen Schuljahr 16 Schüler.

3. Jutrosch, 30. März. [Ein Feinschmecker. Wohlthätigkeits-Konzert. Melbeamt. Personalnotiz. Sturmshaden. Eisenbahnangelegenheit. Hier-einfuhrsteuer.] Dieser Tage ging einem hiesigen Fleischer eine Zuchtan ein und wurde außerhalb der Stadt vergraben. In einer der darauf folgenden Nächte war der Kadaver ausgegraben und zur Hälfte weggeschafft worden. Die Spuren führten zur Entdeckung des Täters, der das Fleisch bereits zerhackt in Töpfen untergebracht hatte. — Zum Beiden des dortigen Kinderheims gab der Männer-Gesangsverein in Protokoll unter Mitwirkung der Regimentskapelle gestern Abend im dortigen Schützenhaus eine Konzerte. — Vom Melbeamt Roschmin abgezweigt, wird am 1. d. Mts. in Protokoll ein Melbeamt errichtet. Eine anderweitige Abgrenzung der Kontrollbezirke ist bereits erfolgt. Die bisherigen Kontrollverordnungen von Bafkow und Kullinow sind aufgehoben und dafür Kobylin und Wojacin als solche errichtet worden. — Der Gemeindevorsteher Nikolaus Domagala im nahen Smolice ist auf die Dauer von 6 Jahren wiedergewählt und be-fähigt worden. — Der letzte heftige Sturm hat die Flügel der Windmühle des Müllers Beder in Peterschütz zertrümmert. — Befußt Weiterführung der Kleinbahn Trachenberg-Braunsitz nach Breslau wurde dieser Tage von einer Kommission eine Terrain-berücksichtigung vorgenommen. — In unserer Nachbarstadt Wittsch wird vom 1. d. Mts. ab ein Kommunalzuschlag zur Brauereuer und eine Biersteuer erhoben.

4. Graustadt, 29. März. [Semester-schluss-Prüfung.] Die alljährliche Semester-schluss-Prüfung der hiesigen landwirth-schaftlichen Hochschule, mit welcher die Entlassung derjenigen Schüler verbunden war, welche das zweite Semester mit Erfolg absolviert haben, fand heute im Klassenlokal der Schule statt. Die Prüfung erstreckte sich auf alle Unterrichtsfächer und lieferte, wie in den Vorjahren, so auch diesmal ein gutes Resultat. Die ausgetesteten Gegenstände des Handfertigkeits-Unterrichts in der Sattlerei, Stellmacherei und Korbflechterei waren sehr mannigfaltig und erregten Staunen unter den Erklärenen. Der Prüfung wohnten die Mitglieder des Kuratoriums, Angehörige der Schüler und Freunde der Anstalt bei. Mit einer Ansprache an die zur Entlassung kommenden Schüler wurde die Prüfung vom Direktor Seidenschwanz geschlossen. Das eben beendete Semester war von 30 Schülern besucht. Im Vorjahre betrug die Zahl derselben 44, 15 Schüler absolvierten das zweite Semester.

5. Rawitsch, 31. März. [Gewerbesteuerrolle. Ver-trauensmann.] Die Gewerbesteuerrolle der Stadtgemeinde Rawitsch pro 1895/96 liegt in der Zeit vom 8. bis 15. April cr. in der Räumlichkeit zur Einsichtnahme Seitens der Gewerbesteuer-pflichtigen auf. Das Soll beträgt in der Gewerbesteuerklasse II. 876 M., in Klasse III. 6704 M., in Klasse IV. 3296 M., zusammen 10876 M. — Der Vorstand der Inhabilitäts- und Altersversiche-rungsanstalt Posen hat den Hilfsvollstreckungsbeamten Otto Biele hier selbst zum Vertrauensmann aus dem Kreise der Versicherten für den hiesigen ersten Vertrauensmannbezirk und den Buch-halter Emil Ballewski zum 2. Ersatzmann des vorgenannten Ver-trauensmannes ernannt.

6. Meseritz, 31. März. [Landwehrverein.] In der heutigen Generalversammlung des Landwehrvereins wurde an Stelle des verstorbenen Präses, Landgerichtspräsidenten Wette, einstimmig Landrat Blomeyer zum 1. Vorsitzenden gewählt.

7. Rogasen, 31. März. [Luftbarkeitsfeuer. Zwei neue Ärzte. Personalnotiz. Stadt-berordnung.] Von Morgen ab werden in unserer Nachbarschaft Mittagswalde nachstehende Luftbarkeitsfeuer als Kommunalsteuern erhoben werden: Für ein im Bezirk der Stadt Mittagswalde stattfindendes Konzert oder Theatervorstellung mit nachfolgendem Tanzergnügen 1 M., für die Veranstaltung einer Tanzbelustigung 1 M., für die Veranstaltung eines Konzerts oder einer Theatervorstellung ohne Tanzergnügen 50 Pf., für Gesang und bellamantische Vorträge 50 Pf., für Vorträge auf einem Klavier, einem mechanischen oder anderen Musikinstrumenten in Gastwirtschaften, Schankstuben, öffentlichen Vergnügungs-lokalen, Buben, Sellen für den Tag 50 Pf., für die Veranstaltung einer Kunsttheatervorstellung 1 M., für Vorstellungen von Gym-nastikern, Equilibristen, Ballet- und Seltzählern, Taschenkünstlern, Rauberkünstlern, Bauchrednern und dergleichen für den Tag 50 Pf., für das Halten eines Konzerts für den Tag 50 Pf., für das Halten einer Würfelschule für den Tag 50 Pf., für öffentliche Be-lustigungen, deren vorher nicht gedacht worden ist, insbesondere für das Halten eines Marionettentheaters, Wachsfigurenkabinetts, Museums u. dgl. für den Tag 50 Pf. — In dieser Woche haben sich hier noch 2 Ärzte niedergelassen und zwar die Herren Dr. Straube aus Posen und Dr. Haase aus Schilberg; damit ist die Zahl der hiesigen Ärzte auf 4 gestiegen. — An Stelle des von Borsch in im Kreise Dornik verstorbenen Inspektors Bredt ist der Schäfer Gottfried Adam zum Vertrauensmann von Seiten der Versicherten der Inhabilitäts- und Altersversicherungsanstalt zu Posen ernannt worden. — In der vorgestern hier stattgefundenen Stadtver-ordnungs-sitzung wurde beschlossen, daß zur Deckung des Steuer-bebedarfs der hiesigen Stadtgemeinde im Jahre 1895/96 ein Zuschlag

von 190 Prozent zur Einkommensteuer, deren Ertrag 15 872,60 M. beträgt, erhoben werden soll. Von den Seitens des Magistrats ausgesetzten Nichtigstellungen bezüglich der von der Rechnungs-revisionskommission gemachten Ausstellungen an der Rechnung 1893/94 wurde Kenntniß genommen.

8. Schneidemühl, 31. März. [Freiwillige Feuer-wehr. Konfirmation.] Vorgestern hielt die hiesige frei-willige Feuerwehr eine General-Versammlung im Vereins-lo-kale ab. Den Vorsitz führte Rechtsanwalt Köpp. Zunächst wurde der Rassenbericht erstattet. Nach demselben betrug die Einnahme im letzten Vereinsjahre incl. eines Bestandes von 228,25 M., die Summe von 1271,70 M. Vorausgab wurden 865,55 M., so daß ein Bestand von 406,15 M. verbleiben ist. Hier von sind 200 M. zinsbar angelegt. In den Vorstand wur-den gewählt als Vorsitzender Rechtsanwalt Köpp, als stellvertre-tender Oberführer und Obersteiger Restaurateur Haude, als Waf-fertruppführer Uhrmacher Blank, als stellvertreter Obersteiger Maurerpoller Geisler und als Kandidaten Restaurateur Dehse. — Heute fand in der evangelischen Kirche durch den Superintendenten a. D. Grünmayer die Konfirmation von 64 Knaben, darunter sieben Böglinge aus der Provinzial-Taubstummenanstalt statt.

9. Schneidemühl, 31. März. [Vom Gymnasium.] Der gestern an die Schüler verteilte 32. Jahresbericht des hie-sigen künftl. Gymnasiums weist nach, daß an dieser Anstalt 16 Lehrkräfte wirken; das Kollegium setzt sich zusammen aus dem Direktor, 8 Oberlehrern, einem Hilfslehrer, einem Schulaufsichtsbildenden, einem technischen Lehrer, einem Vikar, einem Rabbiner und 2 Volksschullehrern. Diese 16 Lehrer erteilten zusammen wöchentlich 337 Unterrichtsstunden; die meisten Stunden, 64, nimmt der lateinische Unterricht in Anspruch, die Frequenztafel für das Schuljahr 1894/95 weist nach, daß am 1. Februar 1895 das Gym-nasium 273 Schüler besucht haben. Davon sind 125 evangelisch, 97 katholisch, 43 jüdisch und 4 Diff. Von diesen 273 Schülern sind 172 einheimisch, 97 auswärtig und 4 Ausländer. Die beiden Volksschulklassen frequentieren 79 Schüler. Davon sind 39 evan-gelisch, 26 katholisch, 11 jüdisch und 3 Diff. Hier von sind 59 einheimisch, 18 auswärtig und 2 Ausländer. 23 Schüler haben das Zeugnis für den einjährigen Militärdienst zu Ostern 1894 er-halten. Zu Ostern 1895 haben 8 Oberprimaner die Abiturienten-prüfung bestanden, davon werden 3 Mediziner, 1 Jurist, 2 Theo-loge und 1 Landwirth. Das Schulgeld beträgt jährlich für die Gymnasialisten 110 M., für die Volksschüler 84 M. Der Snowraz-lamer Schüler-Unterstützungsfonds bestand am 8. März 1894 aus einem Kapital von 1388 54 M. Dazu kamen die Zinsen im Be-trage von 18,61 M., Summa 1407,15 M. Von den Zinsen wurden 3 Schüler unterstützt. — Die „Professor Schmidt-Stiftung“, ins Leben gerufen beim Dienstaustritt des Professors Schmidt auf Anregung und unter Mitwirkung früherer Schüler, genehmigt von der vorg. Behörde 1894, betrug 2248,50 M., dazu die Zinsen 58,32 M., Summa 2306,82 M. Von den Zinsen erhielten zum ersten Male 3 Schüler Unterstützung.

10. Bromberg, 31. März. [Geflügel-züchter-Verein. Prüfung.] Dem hiesigen Verein für Vogel- und Geflügelzucht ist vom landwirthschaftlichen Provinzialverein eine Subvention von 100 M. gewährt worden. Der genannte Verein zählt gegenwärtig 60 Mitglieder und hat während der kurzen Zeit seines Bestehens gute Erfolge erzielt. Gestern feierte derselbe nach Schluß der Ge-neralversammlung sein diesjähriges Stiftungsfest. Bei der Fest-tafel brachte der Taubstummenlehrer Paul Gute, der gegenwärtige Schriftführer des Vereins, indem er dem Vereine eine lehrreiche Weiterentwicklung wünschte, ein Hoch auf denselben aus. Der von hier nach Graudenz verlegte Eisenbahnsekretär Kowalski, der frühere Vorsitzende des Vereins, wurde in Anbetracht der Verdienste, welche sich derselbe um den Verein erworben, zum Ehrenmitglied des Vereins ernannt. Von dem Vereine wird u. A. auch der Brief-tauben-Sport gepflegt. Im vergangenen Sommer hat man die Tauben schon in Mogilno aufstellen lassen. In diesem Sommer soll die Tour bis Posen ausgedehnt werden. — In der Zeit vom 25. bis 30. März d. J. fand durch die hiesige künftl. Regierung unter Vorsitz des Regierungsraths Haedermann die Einjährig-Frei-willigen-Prüfung statt. Zu derselben waren 18 Examinanden er-schienen, von denen 15 das Examen bestanden. Der größere Theil derselben war in dem Militär-Vorbereitungsinstitut des Majors Geisler hier vorgebildet worden.

Aus dem Gerichtssaal.

11. Bromberg, 31. März. Vor der Strafkammer des hiesigen Landgerichts wurde in gestriger Sitzung eine Anklage wegen willentlich falscher Anschuldigung gegen die Be-sitzerin Frau Dorothea Schulz in Jägerhof verhandelt. Am 13. Juni v. J. gab die Angeklagte dem Distriktsamte Ostlo hier eine Anzeige gegen die Arbeiterin Miltau zu Protokoll. Darnach sollte die letztere am 8. Juni widerrechtlich in ihre Wohnung ein-gebrungen sein, sie wiederholt mit den Fäusten ins Gesicht ge-schlagen und ihr eine Fensterhebel zertrümmert haben. Diese Anzeige hat sich als unwahr erwiesen. Die Augenzeugen des Vorfalls übereinstimmend bezeugen, geriethen die Angeklagte und die p. Miltau, welche in demselben Hause wohnen, an dem oben gedachten Tage auf ihrem Gange in Streit. Die Angeklagte ergriff einen Bretterabschnitt und ging auf die M. los, um diese damit zu schlagen. Die M. hielt das Brett fest, die Angeklagte entriß es ihr jedoch und fuhr hiermit mit dem Brett in ihre Fensterhebel. In der Wohnung der Angeklagten ist die M. nicht gewesen. Die An-geklagte, welche schon einmal wegen willentlicher falscher An-schuldigung bestraft ist, erhielt 6 Wochen Gefängniß.

12. Berlin, 31. März. Die Beweisaufnahme am gestrigen Ver-handlungstage im Wucherprozeß Labaschin und Ge-nossen bewegt sich in derselben Weise, wie an den vorhergehenden Tagen. Eines der von Labaschin gemachten Geschäfte hat folgenden Untergrund: Der Vater eines gewissen Joseph Kowetz zu Düsseldorf hatte sich schriftlich verpflichtet, seinem Sohne, der als Einjähriger beim Militär zu dienen beabsichtigte, 7000 M. in drei-monatlichen Raten von je 250 M. nebst den Zinsen des Ueber-restes zu zahlen. Um beim 106. Reg. in Belgien eintreten und Schul-den zahlen zu können, brauchte K. jun. Geld. Er lernte den Agenten Bruck kennen und zeigte diesem einen notariellen Akt, durch den sich K. Vater verpflichtet hatte, dem Sohne sieben Jahre lang jährlich 1000 M. zu zahlen. Bruck erklärte, nachdem er K. jun. hingefallen und Auskunft über K. Vater eingeholt, er könne das Geschäft — diesen notariellen Akt zu kaufen — nicht machen. K. jun. wandte sich nun an einen Anderen mit der Bitte, ihm die no-tariell verbrieft Forderung an seinen Vater abzulösen. Dieser Andere, welcher K. jun. sein soll, versprach, ihm gegen eine Provision von 100 M. einen Abnehmer zu schaffen und führte ihn zu Labaschin. Dieser bestellte K. jun. auf den nächsten Tag zu sich und gab ihm nach und nach in Teilzahlung 3000 Mark. Labaschin behauptet, ein reines Kaufgeschäft abgeschlossen zu haben. Das Geschäft sei ein sehr gewagtes gewesen, weil Kowetz Vater ein sehr gewandter Winkelschulter sei. Letztere Behauptung bekämpft der Zeuge ganz entschieden, sein Vater sei Rentner, früher Tuchfabrikant in Krefeld gewesen, aber niemals Winkelschulter.

Sehr lange Erörterungen erfordert ein Fall, in welchem der Gastwirth Hellvoigt geschädigt sein soll. Derselbe hatte ein Hotel gekauft und durch Bauten Schulden an die Handwerker kontrahirt, zu deren Bezahlung ihm die Baarmittel fehlten. Durch einen Brauereibereiter Kiesel wurde er mit Kiesel bekannt, der sich bereit erklärte, gegen Hinterlegung einer Hypothek von 1800 M. und gegen Anstellung zweier Wechsel à 900 M. ihm auf die letzten je 750 M. zu zahlen. Der erste Wechsel wurde auch eingelöst, der zweite dagegen mußte eingelöst werden. Nun machte Kiesel mit Hellvoigt ab, daß dieser die als Sicherheit gegebene Hypothek an Labaschin zediren und durch den Erlös dann den Wechsel lösen soll. Labaschin kaufte die Hypothek für 1400 M. und von diesem Betrage flossen 1030 M. an Kiesel für dessen Forderung, 370 M. an Hellvoigt. Labaschin erklärt, daß der Preis von 1400 M. für eine zinslose Hypothek, die auf einem Grundstück in Gransee mit 1800 M. eingetragen war, mehr als genügend sei. — Es ist dies ein Fall, in welchem, wie der Vorsitzende, Herr Landgerichtsrath Braun hervorhebt, klar erwiesen sei, daß der An-geklagte Kiesel wechselfähig und zu hohen Zinsen verfallen habe. Kiesel läßt sich durch Zeugen Kiesel bestätigen, daß ihm die Ver-hältnisse des Hellvoigt als durchaus gute geschildert worden seien. Die thatsächlichen Vorgänge dieses Anlagefalles liegen so ver-widelt, daß Staatsanwalt, Vorsitzender, Angeklagte und Vertheidiger grundverschiedener Ansicht sind. Das wiederholte Eingreifen des Grundbesitzers Dr. Schönfeld giebt dem Staatsanwalt Strahler Veranlassung, diese Art der unvermittelten Fragestellung Seitens des Vertheidigers zu rügen und in Aussicht zu stellen, daß er im Wiederholungsfalle einen Strafantrag wegen Ungebühr stellen werde. Rechtsanwalt Dr. Schönfeld verwahrt sich ganz entschieden gegen diese Kritik seiner Amtsführung durch den Staatsanwalt und ruft die Entscheidung des Vorsitzenden an. Dieser erklärt, daß der Vertheidiger nach seiner Auffassung bisher nichts weiter ge-san-nen habe, als die Interessen seines Klienten mit Lebhaftigkeit wahrzu-nehmen, ohne dabei die ihm zustehenden Befugnisse zu überschreiten. Damit ist der Zwischenfall erledigt. Einige Anlagefälle, die bis zum Jahre 1887 zurückgreifen, haben vorwiegend eine symptomatische Bedeutung, ohne daß sie die Anklage wegen Wuchers besonders stützen können. In einem dieser Fälle hebt der Staatsanwalt hervor, daß der Zeuge, der eine Hypothek verkauft habe, damals noch unter väterlicher Gewalt gestanden habe und gar nicht in der Lage gewesen sei, selbständig Verträge abzuschließen. Um diese Schwereig-keit zu überwinden, habe er auf den Rath von Kiesel einfach ein Gewerbe angemeldet und sei auf diese Weise in die Lage gekommen, den Vertrag zu schließen. — In mehreren Fällen erklärt Labaschin, daß er bei den betreffenden Geschäften Geld verloren habe, da die betreffenden Grundstücke subhastirt worden seien. Bemerkenswerth ist folgender Fall, der nur Labaschin betrifft. Im Jahre 1891 wollte der eben großjährig gewordene Rohrlager Friedrich Hallert eine Engroschächerei beginnen. Er hatte gemein-schaftlich mit seinem Bruder von seinem Vater ein Haus in der Raungraststraße geerbt und berechnete den Werth seines Erbtheils auf 20 000 M. Durch Vermittelung des Agenten Ernst Winter — der im Prozeß Treubers wegen Wuchers verurtheilt ist — kam er zu Labaschin, den er bat, ihm auf die Erbschaft ein Darlehen zu geben. Labaschin erklärte, ein solches Geschäft nicht zu machen, war aber bereit, die Erbschaft zu kaufen. Nach dem getroffenen Abkommen sollten 12 000 M. als Kaufpreis gezahlt werden, davon 9000 M. sofort und 3000 M., die erst im Jahre 1895 bei der Großjährigkeit des Hallert'schen Bruders gezahlt werden sollten. Hallert behauptet, daß ihn Labaschin unmittelbar darauf in ein Nebenzimmer geführt und ihm zugeredet habe, diese erst 1895 fälligen 3000 M. an einen dort anwesenden Herrn für 500 M. zu verkaufen. Hierauf ließ sich Hallert aber nicht ein. Später reute den Hallert der Verkauf der Erbschaft und auf seinen Wunsch bemühte sich sein Onkel, der Schlächtermeister Paul Bartenheimer, das Erbtheil wieder zurück zu kaufen. Labaschin erklärte sich gegen einen Profit von 2000 M. bereit dazu. Dies wurde ihm bewilligt, Labaschin verlangte dann aber die Rückzahlung der von ihm bereits ausgezahlten 9000 M. binnen 8 Tagen, widrigenfalls die Erbschaft sein Eigenthum bleiben sollte. Nun verkaufte Bartenheimer durch Vermittelung des Defil-lateurs Hermann Sauer die Erbschaft an die Bankfirma Joseph Fried-länder in der Alexanderstraße, die 11 000 M. dafür bezahlte. — Labaschin bestreitet den von Hallert geschilderten Vorgang, ihn zum Verkauf der 3000 M. für 500 M. bewogen zu haben, mit Entschiedenheit. Der Werth des Erbtheils sei mit 20 000 M. viel zu hoch geschätzt gewesen, denn es ruhten auf dem Hause verchiedene Lasten, die zu Gunsten einer alten Frau eingetragen waren. Das Haus sei schließlich zur Subhastation gekommen und Herr Friedländer habe kaum sein Geld gerettet. — Zeuge Hallert stellt die Sache so dar, daß sein Onkel Bartenheimer nicht ganz aufrichtig gegen ihn ge-handelt habe. Nach seiner Ansicht habe der Onkel das Grundstück und die Erbschaft in seine eigene Hande bringen wollen. Er sei damals noch nicht klug genug gewesen, um die ganze Sachlage zu überschauen. Der Zeuge spricht seine Ansicht dahin aus, daß bei dieser ganzen Sache Alle verdient haben, bloß er nicht. Schließlich habe er in seinem Leichtsinne auch noch dem Ernst Winter auf sein Verlangen 2000 Mark gezahlt. — Der Zeuge Ernst Winter giebt zu, 2000 Mark erhalten zu haben und wegen Beihilfe zum Wucher bestraft worden zu sein. Der Staatsanwalt stellt die interessante Thatsache fest, daß der Zeuge seinerzeit für eine Noth zu den Zeitungen geschickt habe, daß er mit dem verurtheilten Ernst Winter nicht „identisch“ sei — Die Vertheidigung hebt hervor, daß hier ein reiner Erbschaftsfall vorliege. — Nächste Sitzung Montag.



Seidenstoffe

direkt aus der Fabrik von von Elten & Keussen, Osnabrück, in jedem Maß zu beziehen. Schwarze, farbige u. weiße Seidenstoffe, Sammet, Plüsch und Velvets. Man verlange Muster mit genauer Angabe des Gewünschten.

Man kann kaum mehr von „fremden Gegenden“ sprechen, seitdem die Photographie in Verbindung mit anderen verviel-fältigenden Künsten und die Herrlichkeiten fremder Landschaften zü-gänglich gemacht hat. So werden uns in neuester Zeit ganz reizende Darstellungen südländischer Gegenden in Gestalt der be-rühmten kleinen Buntdruck-Karten geboten, die von der Vießg's Fleisch-Extract Compagnie für ihre Kundschaft kostenlos ausgegeben werden. Von den neuesten Serien vereinigt „Die Reise um das Mittelmeer“ in anschaulichster Weise die charakteristischen Natur-schönheiten, Gebäude und Volkstypen der genannten Gegenden. Die Auswahl ist sehr geschickt getroffen; die Ausführung zeigt auf die Akkuratheit und Eleganz, die wir an diesen Karten gewöhnt sind.

Wir machen ganz besonders auf die Königsberger Pferde-Lotterie (Ziehung 22. Mai cr.), wo es nur 1 Mark, 11 Loose 10 Mark aufmerksamer. Diese Lotterie bietet günstigere Gewinn-chancen als alle übrigen dieser Art, da weniger Loose und mehr Gewinne vorhanden.

